

Triumph für Uribe - eine neue politische Landkarte in Kolumbien: Die Kongresswahlen vom 12. März 2006

Heinrich Meyer,
Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Siftung für Kolumbien

Vorbemerkung: Das endgültige Wahlergebnis liegt noch nicht vor; die im Artikel gemachten Angaben und Zahlen beziehen sich auf die Auszählung von rund 95% der Wahlurnen. Aufgrund mehrerer Einsprüche hat die „Procuraduría General de la Nación“ allerdings das Nachzählen sämtlicher Stimmen angeordnet, was sich u.U. bis Ende Mai 2006 hinziehen kann. An den vorliegenden Trends dürfte sich aber erfahrungsgemäß wenig ändern.

Mit Spannung wurden die Wahlen zum Kongress (Senat und Repräsentantenhaus) vom 12. März 2006 in Kolumbien erwartet. Folgende Fragen standen dabei im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses:

1. Aufgrund der hohen Popularität von Staatspräsident Uribe wurden die Präsidentschaftswahlen und damit seine Wiederwahl schon früh für entschieden erklärt.

Wenn dem so sein wird, stellt sich die Frage, wie stark seine parlamentarische Basis ist und wie diszipliniert die „uribistische“ Fraktion handeln wird. Dann interessierte die Frage, ob sich der „Uribismus“ zu einer eigenständigen politischen Kraft entwickeln kann oder ob es sich nur um ein Zweckbündnis handelt, das dem jetzigen Staatspräsident die Mehrheit im Kongress für die Dauer seiner Amtszeit zu verschaffen hat.

2. Dem „Uribismus“ haben sich zahlreiche Politiker angeschlossen, die – wie der Staatspräsident – der Liberalen Partei entstammen. Auch in der Vergangenheit waren immer wieder Abspaltungen und Spannungen zwischen einem eher „linken“ Flügel und einem eher „rechten“ Flügel zu beobachten. Die Frage war also: Wie stark wird die Liberale Partei aus den Wahlen hervorgehen? Wird sich die interne Krise verschärfen oder wird sie zu einer neuen Geschlossenheit gelangen und zu einer Renovation ihrer Politik und ihrer Programmatik fähig sein?

3. Kolumbien war im 20. Jahrhundert von einem traditionellen Zweiparteiensystem geprägt. Der Einfluss der Traditionsparteien – der Liberalen und der Konservativen Partei – ist aber in den letzten Jahren deutlich gesunken; ihre Bindekraft und regionale Verankerung ist deutlich zurückgegangen. Wird also dieser „Erosionsprozess“ aufgehalten und kommt es zu einer „Renaissance“ des Zweiparteiensystems, oder verlieren beide weiter an nationalem und regionalem Einfluss?

4. Die politische Linke in Kolumbien ist in den letzten Jahren erstarkt und hat sicher spürbar an Profil gewonnen.

Bei den Präsidentschaftswahlen 2002 konnte der jetzige Bürgermeister von Bogotá, Lucho Garzón, immerhin die dritthöchste Stimmenzahl auf sich vereinen; ausserdem war die Linke durch mehrere Abgeordnete im Zwei-Kammer-Kongress Kolumbiens vertreten, welche allerdings verschiedenen Gruppierungen angehörten. Auch bei den Kommunal- und Gouverneurswahlen am 26. Oktober 2003 gelangen ihr ein erstaunlicher Erfolg.

Wird es also der politischen Linken gelingen, sich zu konsolidieren und zu einer attraktiven, stabilen politischen Kraft zu entwickeln, die bis in die politische Mitte reicht, und eines Tages mehrheitsfähig wird, war hier die entscheidende Frage.

5. Wie unabhängig wird die politische Partizipation sein? Wie transparent und sauber sind Wahlkampf und die Wahlen selbst? In welcher Weise wird sich der Einfluss des Paramilitarismus, der sich im Prozess der Demobilisierung befindet, ausdrücken? Wie werden sich FARC und ELN verhalten?

1. Politische Reform

Die Politik in Kolumbien ist gekennzeichnet von der Existenz vieler kleiner Parteien, Bewegungen und Zusammenschlüsse, die in der Regel von persönlichen Interessen oder Wahl-Motiven geleitet werden. Vor allem konnte eine Partei bisher durchaus mehrere Listen präsentieren bzw. Listenverbindungen eingehen. Dieser Praxis, welche wesentlich zu der Fragmentierung bzw. Individualisierung des politischen Prozesses in Kolumbien beitrug und vor allem auch die Regierbarkeit erschwerte, sollte durch die Politische Reform des Jahres 2003 ein Ende gesetzt werden.

Nach den Gouverneurs- und Kommunalwahlen vom 26. Oktober 2003 werden nun erstmalig die neuen Bestimmungen bei den Kongreßwahlen angewendet.

Die wichtigsten neuen Regelungen sind:

1. Nur die Parteien oder politischen Bewegungen, welche mehr als 2% bei den Senats- oder Abgeordnetenwahlen erhalten haben, werden ihre Rechtspersönlichkeit bewahren. Es besteht aber auch die Möglichkeit, dass sich nachträglich eine Gruppe von Senatoren und Abgeordneten zu einer neuen Partei zusammenschließt und dafür dann die Rechtspersönlichkeit beantragt. Diese wird gewährt, wenn diese neue Gruppierung insgesamt mehr als 2% der jeweils gültigen Stimmen erhalten hat.
2. Mit der „Lista Única“ wird die gleichzeitige Doppel- bzw. Mehrfachmitgliedschaft eines Bürgers in Parteien ausgeschlossen. Außerdem sind Listenverbindungen untersagt.
3. Für die Wahlen zum Senat gilt eine Sperrklausel von 2%. Im Falle des Abgeordnetenhauses müssen mindestens 50% des sog. „Wahl-Quotienten“ erreicht werden, welcher durch die Division der gültigen Stimmen durch die Anzahl der Sitze des Abgeordnetenhauses gebildet wird. Die genaue Höhe dieser Sperrklausel hängt von der Wahlbeteiligung und von der Zahl der gültigen Stimmen ab und wurde vor den Wahlen zum Senat auf

240 – 260 000 Stimmen geschätzt, dürfte aber wegen der geringen Wahlbeteiligung ca. 180 000 Stimmen betragen, wobei allerdings umstritten ist, ob die ungültigen Stimmen als Wahlbeteiligung gewertet werden oder nicht.

4. Gemäß dem „Voto Preferente Opcional“ kann jede Partei oder politische Bewegung entscheiden, ob sie eine „geschlossene Liste“ präsentiert oder ob die Wähler ihre Präferenz für einen Kandidaten der Liste ausdrücken können. Im ersten Fall sind die Kandidaten nach der Reihenfolge auf der Liste, im zweiten Fall nach der Zahl der auf sie entfallenden Stimmen gewählt.
5. Die Sitzverteilung unter den Parteien, welche die Sperrklausel überwunden haben, wird nach der sog. „Cifra Repartidora“ – damit ist das Auszählungsverfahren nach d’Hondt gemeint - vorgenommen.

Mit der Einführung dieser Regelungen wurde eine Reduzierung von derzeit ca. 65 Parteien auf ca. 8 – 10 Parteien im künftigen Kongreß Kolumbiens erwartet, was zu einer größeren Stabilität des Parteiensystems und zu einer höheren Effizienz des Prozesses der politischen Entscheidungsfindung führen sollte.

Diese in der „Reforma Política“ beschlossenen Bestimmungen stellen nach Meinung des Politologen Fernando Cepeda Ulloa eine „cuasirevolución electoral y, por lo tanto, política“ dar.

Sicher kann man sagen, dass von der Politischen Reform ein gewisser Einigungsdruck auf die politischen Parteien ausging.

Damit war ausserdem aber die Hoffnung verbunden, den Individualismus und Personalismus der Politischen Kultur zu überwinden oder zumindest zurückzudrängen und die institutionelle Stabilität der politischen Parteien zu erhöhen. Nach der Beobachtung des Wahlkampfes ist aber der Schluss erlaubt, dass dem Individualismus zwar ein Dämpfer versetzt wurde, er andererseits aber durch das „Voto preferente“ gestärkt wurde. Denn nun machten die Kandidaten im Grunde nur Werbung für ihre eigene Person, um die für ein Mandat nötigen Stimmen zu erhalten und auf der Liste „nach oben zu rutschen“. Während früher kleine Parteien und Bewegungen (sog. „movimientos garaje“) gegeneinander antraten, konkurrierten jetzt Politiker in „agrupaciones transitorias“ (El Colombiano 8.2.2006), „federaciones de votos“ (El Nuevo Siglo 8.2.2006) oder „agrupaciones aritméticas“ (Armando Novoa García), welche zwar auf einer gemeinsamen Liste aufgeführt waren, aber im Grunde nur für sich selbst und das eigene politische Überleben kämpften.

2. Parteien und Parteiensystem

Es ist schwer, die politischen Parteien in Kolumbien eindeutig zu charakterisieren und klar ideologisch-programmatisch zu verorten. Das belegen zwei Bemerkungen prominenter Politiker: Scherzhaft sagte Luis Villar Borda, Rechtsphilosoph, anerkanntes Mitglied der Liberalen Partei und Ex-Botschafter, in Kolumbien existieren derzeit keine Parteien, sondern „Federaciones de candidatos“. In die gleiche Richtung zielt eine Anmerkung von Enrique Gómez Hurtado, Senator, Ex-Botschafter und

führendes Mitglied in der Konservativen Partei:“ En Colombia no hay partidos políticos, sino partidarios“.

Im allgemeinen wurde beklagt, daß im Wahlkampf kein Wettbewerb um Ideen stattfand und die politisch-programmatische Seite eindeutig zu kurz kam. Das hat aber auch mit der Situation des Landes zu tun, die eben nicht als „demokratische Normalität“ bezeichnet werden kann. Nach Meinung des Politikwissenschaftlers Francisco Gutiérrez haben die lang anhaltenden Phänomene der Organisierten Kriminalität, des bewaffneten Konflikts und der Existenz des Paramilitarismus auch Auswirkungen auf das Parteiensystem, das von einer „Denationalisierung“ und einer „Entideologisierung“ gekennzeichnet sei.

In diesem Kontext – vor allem auch durch seine erfolgreiche Politik der Inneren Sicherheit – die „seguridad democrática“ – und seinen persönlichen Regierungsstil ist Uribe zur dominanten und entscheidenden Persönlichkeit in der Politik Kolumbiens geworden. Der „Uribismus“ ist somit zur bestimmenden politischen Kraft geworden, zu welcher mehrere politischen Gruppierungen zählen und hat sogar Ausdruck in einer eigenen Partei – dem „Partido de la U“ – gefunden.

Überspitzt gesagt: Nicht so sehr ideologische Positionen, soziale und wirtschaftliche Interessen oder Programmatik unterscheiden derzeit die politischen Parteien, sondern die Frage, ob sie für Uribe eintreten oder sich in Opposition zu ihm befinden, so daß man derzeit von „uribistischen“ und „antiuribistischen“ Parteien sprechen kann.

Zu den uribistischen Parteien zählen derzeit „Alas Equipo Colombia“, „Cambio Radical“, „Partido de La U“, „Partido Conservador“, „Colombia Democrática“ und „Para el país que soñamos“ .

In der Opposition befinden sich der „Polo Democrático Alternativo“ und der „Partido Liberal“. Als „neutral“ kann die Position von „Visionarios von Atanas Mockus“ eingeschätzt werden. In Distanz zum Uribismus sind „Colombia Viva“ und „Convergencia Ciudadana“ gegangen (s.u.); sie erklärten aber, weiterhin Präsident Uribe unterstützen zu wollen.

Am 7. Februar 2006 endete die Frist, um sich für die Kongreßwahlen einzuschreiben. Bis zu diesem Zeitpunkt gab es natürlich viele taktische Spielchen und Überlegungen; erst zu diesem Zeitpunkt war klar, wer mit wem gegen wen antritt.

Nach Angaben von „Transparencia Internacional“ nehmen 82% der kolumbianischen Bevölkerung die Parteien als von der Korruption zersetzt wahr. Armando Benedetti Jiménez kam in einem Kommentar sogar zu dem Schluß; „En Colombia el proceso electoral es corrupto“. (El Tiempo 20.2.2006)

3. Welche Parteien standen zur Wahl?

Im folgenden werden die wichtigsten Parteien aufgeführt, welche sich an den Wahlen zum Senat beteiligen. In der Regel präsentieren sie auch eigene Listen für die Wahlen zum Repräsentantenhaus in den 31 „departamentos“ Kolumbiens.

Partido Liberal

Die Liberale Partei wird vor allem aufgrund ihrer institutionellen Verankerung in Politik und Gesellschaft immer noch als die stärkste Kraft im Parteiensystem Kolumbiens eingeschätzt, allerdings ist ihr durch den sog. „Uribismus“, der sich ja zu einem grossen Teil aus Dissidenten der Liberalen Partei zusammensetzt, eine ernsthafte Konkurrenz erwachsen. In der Wahlperiode 2002 – 2006 tat sich die Liberale Partei zunächst schwer.

Zum einen schlossen sich 12 von 28 liberalen Senatoren und 18 seiner 47 Mitglieder zählenden Fraktion im Repräsentantenhaus noch vor der offiziellen Installation des Kongresses dem Regierungslager an und versicherten Alvaro Uribe, dem liberalen „Dissidenten“, ihre Unterstützung.

Zum anderen erschütterten interne Spannungen zwischen einem eher sozialdemokratischen und einem „traditionell liberalen“ Flügel die Partei und zeichneten das Bild einer zerrissenen, ja möglicherweise in Auflösung befindlichen politischen Kraft.

Dieser Prozeß wurde vor allem dadurch aufgehalten, daß César Gaviria Trujillo, Ex-Präsident, nach dem Ende seiner Tätigkeit als OEA-Generalsekretär das Steuer wieder in die Hand nahm bzw. dazu gedrängt wurde und zum alleinigen Parteiführer der Liberalen Partei erklärt wurde.

Gaviria gelang es dann, das Parteischiiff wieder in ruhigere Wasser zu lenken und am 11./12. Juni 2005 einen Parteikonvent durchzuführen, der spürbar zur Konsolidierung und zur Erneuerung der Liberalen Partei in der Folgezeit beitrug. Die Liberalen verstehen sich nun als eine Partei sozialdemokratischer Ausrichtung, die in Opposition zur Regierung von Alvaro Uribe steht und sich vom „Neoliberalismus“ absetzt.

Geschickt gelang es Gaviria außerdem, den Wettbewerb unter den – ursprünglich 5 – liberalen Prä-Kandidaten in geordnete Bahnen zu lenken und innere Verwundungen weitgehend zu vermeiden, welche die Einheit und die Identität der Partei gefährden könnten.

Die Liberale Partei ist – vor allem aufgrund ihrer organisatorischen Stärke und ihrer Mobilisierungsfähigkeit als „máquina electoral“ – an sich die dominante politische Kraft im Parteiensystem Kolumbiens, wie auch die Ergebnisse bei den Wahlen Kongreß und zur Präsidentschaft bestätigen. Allerdings war sie in den letzten Jahren ebenfalls einem Prozeß der Atomisierung und Erosion ausgesetzt, der zur Ausbildung der „miniempresas electorales“ führte. Außerdem dürfte die Abspaltung des „Uribismus“, der aber durchaus sich wieder der Liberalen Partei annähern könnte, sie stark geschwächt haben.

Vor allem aber auf lokaler Ebene ist die Partei weiterhin gut verankert, wobei es allerdings scheint, daß diese Netzwerke mehr von der Person eines Politikers als von der Liberalen Partei als politisch-programmatischer Bewegung abhängen.

Gaviria ging es bei der Aufstellung der Liste zum Kongreß vor allem darum, ehrbare, anerkannte Kandidaten zu finden, denen vor allem keine Verbindungen zum Paramilitarismus nachzuweisen sind.

Die in der Tat attraktive Liste zum Senat wird von Cecilia López, Ex-Ministerin und Ex-Prä-Kandidatin, Juan Manuel Galán, dem Sohn von Luis Carlos Galán, des 1989 ermordeten Führungsmitglieds der Liberalen Partei, und Juan Manuel López angeführt.

Partido Conservador

Schon in der Auseinandersetzung um das Amt des Staatspräsidenten im Jahre 2002 verzichtete die Konservative Partei in der Endphase auf die Präsentation eines eigenen Kandidaten und unterstützte Alvaro Uribe.

Dann – während seiner Regierungszeit – erwies sie sich als sein wichtigster und zuverlässigster Alliierter im Kongreß Kolumbiens. Ihre Fraktion unterstützte – fast geschlossen – das Projekt der Wiederwahl des Staatspräsidenten und legte ein beträchtliches Maß an „Fraktionsdisziplin“ an den Tag. Darüber hinaus gelang es, die verschiedenen konservativen Bewegungen zu integrieren und die internen Spannungen weitgehend zu überwinden, die – vor allem in den achtziger und neunziger Jahren – den Konservatismus auszeichneten. Allein Luis Alfredo Ramos mit seiner Gruppe „Equipo Colombia“ scherte aufgrund persönlicher Differenzen aus. Die Konservative Partei befindet sich zum einen zwar in einem Prozeß der Modernisierung und des Neuaufbaus, allerdings besteht zum anderen die Gefahr, daß sie – auch weil sie keinen eigenen Kandidaten 2006 aufgestellt hat – innerhalb des „Uribismus“ bis zu einem Grad „unkenntlich“ und nur unzureichend wahrgenommen wird. Schließlich wird ihr Erscheinungsbild in den Regionen weitgehend noch von traditionellen „Caudillos“ bestimmt; auch die Liste zum Senat ist – im Vergleich zu „Cambio Radical“ und „Partido de la U“ – nicht sehr attraktiv. Trotzdem konnte die Partei sich bisher immer auf ihre Hochburgen und ihre Stammwählerschaft – vor allem im ländlichen Bereich – verlassen; Beobachter hielten es daher nicht für ausgeschlossen, daß sie aus den Kongreßwahlen 2006 als stärkste politische Kraft hervorgehen würde.

Ein geschickter Zug gelang der Parteiführung, als am 27. November 2005 eine „Consulta interna“ durchgeführt wurde, an der allerdings sämtliche Wahlbürger hätten teilnehmen können, um über die Frage des Präsidentschaftskandidaten der Konservativen Partei zu entscheiden, die örtlichen Führungsgremien zu wählen und in einigen Regionen die departamentalen Listen zum Repräsentantenhaus zu aufzustellen.

An der „wichtigsten“ Frage haben sich 995 015 Bürger beteiligt: 637 973 Personen entschieden sich für Alvaro Uribe als Präsidentschaftskandidaten der Konservativen Partei, 205 438 sprachen sich dagegen aus, und 151 608 Stimmen waren ungültig. Mit dieser hohen Mobilisierung hatte niemand gerechnet.

Die „Consulta interna“ hatte der Konservativen Partei enormen Rückenwind verschafft, so daß sie gestärkt in die Auseinandersetzungen des Jahres 2006 ging.

Außerdem wurde eine „interne Modernisierung“ erreicht, die sich möglicherweise schon im Jahre 2006 auswirkt. 30% der örtlichen Parteivorstände müssen aus Jugendlichen bestehen, und 30% müssen Frauen sein. Gewählt wurden 9 680 Mitglieder in die Parteivorstände von 882 Städten Kolumbiens – insgesamt existieren 1 090 Städte -; davon sind ca. 45% jünger als 30 Jahre, und 20% sind Frauen. Der Prozeß der Renovation beginnt also an der Basis, das öffentliche Erscheinungsbild wird aber überwiegend noch von der bekannten Führungsgarnitur geprägt.

Die Konservative Partei verfolgt die Strategie, in einen umfassenden Modernisierungsprozeß einzutreten, um dann im Jahre 2010 einen eigenen Präsidentschaftskandidaten zu präsentieren. In einigen Interviews hat Carlos Holguín

schon sein Interesse angemeldet, dann Nachfolger von Alvaro Uribe im Amt des Staatspräsidenten werden zu wollen.

Bevor er das Amt des Botschafters Kolumbiens in den USA übernahm, hatte sich Ex-Präsident Pastrana verschiedentlich kritisch über den Zustand der Konservativen Partei geäußert und ihr fehlenden politischen Willen zur Macht vorgeworfen. Die Frage, ob die Strategie von Carlos Holguín mit Blick auf 2010 aufgeht oder ob die Partei als eine der uribistischen Kräfte weiter an Profil verliert, hängt von vielen Faktoren ab und kann sicher derzeit noch nicht beantwortet werden.

Partido de la U

In den Jahren 2003 und 2004 waren Versuche gescheitert, eine "uribistische" Partei zu gründen – aufgrund interner Streitigkeiten, aber auch aufgrund einer gewissen Skepsis und Distanz von Uribe gegenüber der Gründung einer eigenen Partei. Im Frühjahr 2005 berief er dann Juan Manuel Santos, Ex-Minister und Mitglied der Liberalen Partei, um die politischen Kräfte und Abgeordneten zu „koordinieren“, die im Kongreß die Regierungspolitik unterstützen, also gewissermaßen die „uribistische“ Fraktion zu leiten. Aufgrund persönlicher Animositäten und Rivalitäten – wurde diese Entscheidung vor allem von Germán Vargas Lleras und Zulema Jattin, Ex-Präsidentin des Repräsentantenhauses (2004-2005), kritisiert und stieß auf deren Widerstand. Im August 2005 war es dann so weit: Gegründet wurde unter Führung des Senators Oscar Iván Zuluaga und des Ex-Finanzminister Juan Manuel Santos der „Partido Social de Unidad Nacional“ (NPSUN) volkstümlich auch „Partido de la U“ genannt, wobei – doppeldeutig-unausgesprochen – „U“ sicher auch mit „Uribe“ assoziiert werden soll.

Diese Partei repräsentiert gewissermaßen das konservative Spektrum des Liberalismus in Kolumbien. Die Partei verfügt schon jetzt über einen beträchtlichen Rückhalt im Kongress – nach eigenen Angaben mindestens 35 Abgeordnete in beiden Häusern -.

Interessanterweise hielt der Staatspräsident aber Distanz zu „seinem“ politischen Projekt. Er entschied, sich nicht für den „Partido de la U“ als Kandidat einschreiben zu lassen, sondern durch die Sammlung der notwendigen Zahl von befürwortenden Unterschriften – gewissermaßen also „überparteilich“ – sich zu bewerben.

Und das ist die Situation heute: Die Schaffung einer stabilen, konsolidierten Partei, die sich an dem politischen Denken und dem politischen Projekt Alvaro Uribes orientiert und das gesamte uribistische Spektrum umfasst, ist bisher nicht gelungen.

Es existieren zwar sechs Parteien, die seine Wiederwahl unterstützen, aber es sind eben auch sechs Parteien, die bis zu einem gewissen Grad in einer Konkurrenzbeziehung zueinander stehen, welche - falls es nicht zu Absprachen auf regionaler und lokaler Ebene gekommen ist – sicher zu Stimmen- und Mandatsverlusten führt.

Deutlich wurde dieses Phänomen bei der Aufstellung der Listen zum Senat, als sich „Cambio Radical“ und „Partido de la U“ öffentlich Kandidaten abspenstig machten bzw. in einer Form abwarben, die schon einen schalen Nachgeschmack hinterließ – vor allem, wenn man an deren künftige konstruktive Zusammenarbeit im Kongreß denkt.

Allerdings muß man zugestehen, daß beide Listen sich aus prominenten Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zusammensetzen und „Gewicht“ haben. Auf der anderen Seite könnte der Sachverhalt, daß die „uribistischen“ Parteien trotz zahlreicher Versuche – zuletzt im Dezember 2005/Januar 2006 – sich nicht zu einem gemeinsamen politischen Projekt zusammenfinden konnten, daher zur „Achilles-Ferse“ in einer möglichen zweiten Amtszeit von Alvaro Uribe werden. Nicht ohne Grund warnte Mario Uribe am 14. Februar 2006 vor einem „Uribismus in Mode“. In einem Interview am 3. März 2006 äußerte er dann sogar den Verdacht, daß einige Politiker, die auf uribistischen Listen kandidierten, nicht „politische Loyalität“ garantieren und nur aus opportunistischen Gründen aus der Popularität Urbibes Nutzen ziehen wollen. Konkret sprach er von der Gefahr, daß Uribe zwar am 12. März 2006 in beiden Häusern des Kongresses die Mehrheit gewinnen, diese aber aus den genannten Gründen schon vor der Installation des Kongresses am 20. Juli 2006 wieder verlieren könne.

Die Liste zum Senat wird von Gina Parody, Jairo Clopatofsky und Martha Lucía Ramírez, Verteidigungsministerin (2002-2004), angeführt.

Cambio Radical

„Cambio Radical“ wurde im Jahre 1998 von Anhängern des im Jahre 1989 ermordeten liberalen Präsidentschaftskandidaten Luis Carlos Galán gegründet. Diese Bewegung konsolidierte sich im Jahre 2002, als einige Kongress-Sitze gewonnen werden konnten, und unterstützte die Wahl von Alvaro Uribe zum Staatspräsidenten. Danach nahm „Cambio Radical“ an politischem Gewicht dadurch zu, dass es gelang, einzelne Abgeordnete und Bewegungen, die sich zu dem entstehenden „Uribismus“ zählten, zu integrieren und sich so auf die Kommunal- und Gouverneurswahlen am 26. Oktober 2003 vorzubereiten. Einer dieser Gruppierungen, „Colombia Siempre“, gehörte Germán Vargas Lleras an, der jetzt die unbestrittene Führungsfigur von „Cambio Radical“ ist. Er ist Senator seit 1998, zunächst für die Liberale Partei, dann für „Colombia Siempre“, und führt nun die Liste zum Senat von „Cambio Radical“ an.

Grundsätzlich ein Alliiertes Urbibes, hat er die Regierung aber auch bei mehreren Gelegenheiten scharf kritisiert. Vargas Lleras gehört einer der ältesten Politikerfamilien des Landes an und hat zwei Attentate, die auf ihn im Jahre 2002 und 2005 verübt wurden, überlebt.

Auch bei Cambio Radical wurden Verbindungen einzelner Abgeordneter und Kandidaten mit den Paramilitärs bekannt. Diese sind vor allem durch über ungewöhnlich hohe Wahlergebnisse in ihren Regionen aufgefallen, die zweifellos durch den Druck der Paramilitärs auf die Bevölkerung zustande kamen, und wurden aus der Partei ausgeschlossen.

Polo Democrático Alternativo

Der „Polo Democrático Alternativo“ (PDA) kann als Sammlungsbewegung linker politischer Gruppierungen verstanden werden, die z.T. schon seit 1990 aktiv sind. Bei den Präsidentschaftswahlen 2002 taten sich der eher gemäßigte „Alternativo Polo Colectivo“ und die eher radikale „Frente Social y Político“, deren Mitglieder der

„traditionellen“ Linken Kolumbiens angehören, zusammen, um als gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten den ehemaligen Gewerkschaftsführer Luis Eduardo Garzón zu unterstützen, der damals immerhin 5,9 % der Stimmen erreichte. Innerhalb des Kongresses bildeten sie dann eine gemeinsame Fraktion, die sie „Polo Democrático“ nannten.

Sie gewann in der Öffentlichkeit und in der Wählerschaft große Beachtung, da sie – zu diesem Zeitpunkt als einzige politische Kraft – eine konsequente Oppositionsrolle zur Regierung von Präsident Uribe einnahm; dadurch erreichten ihre Vertreter einen überproportionalen Bekanntheitsgrad in den Medien.

Der Durchbruch gelang dem – jetzt – „Polo Democrático Independiente“ (PDI) dann am 26. Oktober 2003, als diese Partei bei den Kommunal- und Gouverneurswahlen fast auf der gesamten nationalen Ebene antrat und sich als ernsthafte politische Alternative etablieren konnte. Sie gewannen 268 Gemeinderäte, 16 Bürgermeisterposten und 10 Abgeordnete in Departaments-Parlamenten; darüber hinaus stellen sie die Gouverneure in Nariño und im Valle.

In das Bürgermeisteramt von Bogotá, das zweitwichtigste Wahlamt Kolumbiens, wurde außerdem Luis Eduardo Garzón gewählt, der sich gegen den vom „Uribismus“ unterstützten Mitbewerber, Juan Carlos Lozano, klar mit einer Differenz von mehr als 100 000 Stimmen durchsetzen konnte.

Das Projekt einer konsolidierten linken Partei im politischen Spektrum Kolumbiens ist somit ein gutes Stück vorangekommen.

Ein weiterer Durchbruch fand dann anlässlich der Wahlen im Jahr 2006 statt, als der PDI und „Alternativa Democrática“, in der andere Abgeordnete linker Provenienz vertreten waren, beschlossen, unter dem Namen „Polo Democrático Alternativo“ (PDA) gemeinsam anzutreten und einen gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten aufzustellen. Um dieses Amt bewarben sich der Senator und ehemalige Verfassungsrichter Carlos Gaviria und der Senator Antonio Navarro Wolf.

Dieser hoffnungsvolle Eindruck einer einigen, linken politischen Kraft wurde allerdings durch interne Spannungen bei der Aufstellung der Liste zum Senat und den zeitweiligen Rückzug von Navarro Wolf von der Präsidentschaftskandidatur erheblich getrübt. (s.u.)

Um bei den Kongresswahlen 2006 eine Chance zu haben, muss sich diese stark personenorientierte „Stadtpartei“ nun eine Basis bei der Landbevölkerung schaffen, indem sie traditionelle politische Führer auf Regionalbasis anwirbt.

ALAS Equipo Colombia

„Equipo Colombia“ und „Alianza de Avanzada Social“ (ALAS) haben sich im Dezember 2005 zusammengeschlossen und aus wahltaktischen Gründen ein Zweckbündnis geschlossen, um die Sicherheit zu haben, die Sperrklausel zu „überspringen“ und damit die parlamentarische Existenz zu sichern. Darüber hinaus haben beide Parteien ihre Stärken in unterschiedlichen Regionen des Landes – und zwar in Antioquia und an der Costa Atlántica -, so daß sie sich nicht gegenseitig Konkurrenz machen.

„Equipo Colombia“ ging aus dem sog. „unionismo“ – einer konservativen Bewegung in Antioquia - hervor und wurde in den achtziger Jahren des 20. Jahrhundert in Medellín von einem Sektor der Konservativen Partei gegründet, welcher der Privatwirtschaft und der Unternehmerschaft nahesteht.

„Spiritus Rector“ dieser Partei, die die Regierung Uribe unterstützt, ist derzeit der Senator Luis Alfredo Ramos, Ex-Bürgermeister von Medellín, Ex-Minister und Ex-Präsident des Kongresses (2002-2003); er wurde im Jahr 2002 mit der höchsten Stimmenzahl in den Senat gewählt. Vor allem aufgrund persönlicher Differenzen entschied er, sich und seine Partei von der Konservativen Partei zu lösen.

„Equipo Colombia“ versteht sich als Partei der politischen Mitte und Reformkraft, will sich von den traditionellen Verhaltensweisen der kolumbianischen Parteipolitik absetzen und unterstützt die Wiederwahl von Uribe.

Derzeit verfügt sie über 4 Sitze im Senat und 4 Sitze im Repräsentantenhaus. Nach eigenen Angaben gehören ausserdem 65 Bürgermeister und 963 Gemeinderäte dieser Partei an.

Als größter Nachteil dürfte sich erweisen, daß Luis Alfredo Ramos sich nicht wieder um einen Senatssitz bewirbt, stellt er doch die „Sichtbarkeit“ und gewissermaßen das politische „Gehirn“ dieser Partei dar.

Die Liste zum Senat führt nun der Senator César Alvaro Araujo an, der mit weiteren Abgeordneten im August 2005 den lockeren Zusammenschluß „ALAS“ gegründet hat, welcher im Norden Kolumbiens verankert ist. Dort gehören auch einige Bürgermeister und Gemeinderäte dieser Partei an.

Colombia Democrática

„Colombia Democrática“ ist gewissermaßen die „politische Heimat“ von Präsident Alvaro Uribe, der gemeinsam mit seinem Cousin, Mario Uribe, diese dem Liberalismus angehörige Gruppierung in Medellín im Jahre 1986 gegründet hat.

Mario Uribe gehört ununterbrochen seit diesem Jahr dem Kongreß Kolumbiens an, - seit 1994 als Senator – und ist der unangefochtene Chef dieser Partei.

Bei „Colombia Democrática“ wie bei dem „Partido de la U“ handelt es sich um konjunkturell bedingte Wahl-Bündnisse, die sich mehrheitlich aus erfahrenen Politikern zusammensetzen, aber auch Nachwuchskräften eine Chance geben und sich durch eine beträchtliche ideologische Heterogenität auszeichnen.

Entscheidend ist das „politische Kapital“, das jeder Kandidat einbringt, d.h. wieviel Stimmen er mobilisiert hat und in Zukunft mobilisieren wird. Es sind also in der Regel keine ideologischen oder interessen gebundenen Strömungen, die sich in diesen Parteien zusammengeschlossen haben, sondern Personen, die „leadership“ bewiesen haben oder die auch als „Caudillo-Politiker“ beschrieben werden können.

Convergencia Ciudadana

Bei „Convergencia Ciudadana“, die im Jahre 1997 von dem Gewerkschaftsführer Luis Alberto Gil, einem ehemaligen Mitglied der Guerrilla-Bewegung M-19, in Santander gegründet wurde, handelte es sich zunächst um eine rein regionale Gruppierung, die bei den Senatswahlen 1998 noch die beiden traditionellen Parteien unterstützte.

Bereits 2002 stellte diese Partei Bürgermeister, Gemeinderäte, Gouverneure, Senatoren und Abgeordnete im ganzen Land. Das gleichzeitige Aufblühen verschiedener Unternehmen von Parteiangehörigen hatte aber den Verdacht einer Finanzierung durch die Paramilitärs aufkommen lassen. Auch wurde behauptet, die Partei habe Politiker anderer Parteien für ihre Listen „kaufen“ wollen. Gegen mehrere Parteiführer wurden Untersuchungen wegen Kontakten mit Paramilitärs eröffnet. Die

Partei unterstützte Uribe in seinen wichtigsten Projekten, welcher sie aber im Februar 2006 aus dem „Uribismus“ ausschloß.

Por el país que soñamos

Eine weitere „personalistische“ Partei stellt „Por el país que soñamos“ dar, die vom Wirken und der Persönlichkeit des populären Ex-Bürgermeisters (1997-2000) von Bogotá, Enrique Peñalosa, geprägt ist und sich ursprünglich „Lista peñalosa“ nennen wollte. Im Vor-Wahlkampf des Jahres 2005 agierte er zunächst als Prä-Kandidat der Liberalen Partei, dann schien es, als strebe er eine eigene unabhängige Kandidatur an, und schließlich trat er in das Wahlkampf-Team von Staatspräsident Uribe ein. Nun hat er sich entschieden, eine eigene „Partei“ zu gründen und selbst deren Liste zum Senat anzuführen, welche sich überwiegend aus erfahrenen Politikern und Verwaltungsexperten sowie ambitionierten, akademisch ausgebildeten Nachwuchspolitikern zusammensetzt.

Auch Peñalosa sagt man nach, daß er die Kongreß-Wahlen 2006 benutzt, um sich eine politische Basis für die Präsidentschaftswahlen 2010 zu verschaffen. Andere Beobachter sagen ihm Ambitionen für die Rückkehr in das Amt des Bürgermeisters von Bogotá im Jahre 2007 nach.

Dejen jugar al Moreno

„Dejen jugar al Moreno“ ist im Grunde das politische Projekt einer Person, nämlich von Carlos Moreno de Caro, der seit 1998 im Senat Kolumbiens vertreten ist.

In den Jahren 1994 und 1997 bewarb er sich um das Amt des Bürgermeisters von Bogotá, im Jahre 1997 unterlag er dabei knapp Enrique Peñalosa.

Moreno de Caro war Gründer und Rektor der „Universidad del Trabajo“, die allerdings später aufgrund von akademischen Unregelmäßigkeiten geschlossen werden mußte. Politischen Rückhalt findet er vor allem in den Mittel- und Unterschichtvierteln von Bogotá.

Aufgefallen ist Moreno de Caro vor allem durch seine exzentrische Persönlichkeit und bisweilen polemische und gewagte Aktivitäten, die ihm allerdings immer ein entsprechendes Medienecho einbrachten.

Im Kongreß Kolumbiens hat er Staatspräsident Alvaro Uribe unterstützt, ist für seine Wiederwahl eingetreten, war Ko-Autor des „Ley de Justicia y Paz“ und hat den Demobilisierungsprozess der Paramilitärs aktiv begleitet.

Neben ihm kandidiert auf der Liste zum Senat die Senatorin Rocío Arias. Für die Wahl zum Repräsentantenhaus werden Listen in insgesamt 6 „departamentos“ präsentiert.

Visionarios con Antanas Mockus

Die Partei „Visionarios con Antanas Mockus“ ist im Grunde eine „personalistische“ Partei, die von der Reputation und den Ideen des populären Ex-Bürgermeisters, Ex-Rektors der Universidad Nacional und aktuellen Präsidentschaftskandidaten lebt.

Antanas Mockus war darüber hinaus im Jahre 1998 Kandidat für das Amt des Vize-Präsidenten auf der Liste der aktuellen Botschafterin Kolumbiens in Spanien, Noemi Sanín.

Die Partei präsentiert eine Liste zum Senat und kandidiert nur in Bogota bei den Wahlen zum Repräsentantenhaus. Auf beiden Listen sind vor allem Intellektuelle, Akademiker, ehemalige öffentliche Funktionäre und Experten vertreten; die Partei verfügt über eine ausgeprägte ideologisch-programmatische Basis, die in dem Manifest „Colombia legal por las buenas“ ihren Ausdruck findet, und will eine „Kultur der Legalität“ in Kolumbien fördern.

Die Partei ist schwer in eines der traditionellen Schemata einzuordnen, weil sie in besonderer Weise von der Persönlichkeit und dem Denken ihres Spitzenkandidaten geprägt ist, der in Bogotá zwei Mal sehr erfolgreich „regiert“ hat und sich selbst als „Posturibist“ bezeichnet.

Colombia Viva en Unidad Cristiana

„Colombia Viva“ versteht sich als politische Kraft, welche sämtliche sozialen Schichten erfassen will und sich als „innovatorische“ Bewegung sieht, welche die wirtschaftliche Entwicklung fördert und das soziale Gleichgewicht sucht.

„Colombia Viva“ wurde im Juli 2003 von Politikern der „Costa Atlántica“ und Anhängern von Senator Dieb Maloof gegründet und wurde bekannt, als dort einige der vom Urbismus ausgeschlossenen Abgeordneten „politische Zuflucht“ fanden. Mit dem evangelikalen Geistlichen Enrique Gómez Montealegre- gleichzeitig Führer der politischen Gruppe „Unidad Cristiana“ – ging er dann ein Bündnis ein, das dieser Partei politisches Überleben sichern sollte: sie rechneten mit 600 000 Stimmen bei den Wahlen für den Senat.

Movimiento MIRA

Die Partei „Movimiento MIRA“ wurde im Jahr 2000 gegründet und steht der „Iglesia de Jesucristo Internacional“ nahe, welche in mehr als 40 Städten Kolumbiens präsent ist. Sie verfügt derzeit über einen Sitz im Senat und einen Sitz im Gemeinderat von Bogotá. Interessanterweise bewirbt sich diese Partei in sämtlichen „departamentos“ Kolumbiens mit eigenen Listen für das Repräsentantenhaus.

In gleichem Masse wuchs die Partei, die Tochter der Kirchengründer wurde Senatorin, gewählt mit Stimmenmehrheit in den Machtzentren der Kirche Jesu Christi. Diese Tatsache trug der Kirche den Vorwurf ein, die spirituelle Macht über ihre Gläubigen zu missbrauchen, um ihre Kandidaten durchzubringen. Dies wird von seiten der Kirche bestritten mit dem Argument MIRA sei vollkommen unabhängig. Momentan hat MIRA, ausser dem Senatsitz nur 10 Gemeinderäte im ganzen Land.

Movimiento Político Comunal y Comunitario

Mitte der sechziger Jahre bilden sich die ersten Nachbarschaftsräte, die sich mit den speziellen Problemen in einem Stadtteil oder einem Dorf beschäftigten. Sie wurden zum direktesten Organ der Demokratie. Die Sprecher dieser „juntas de acción comunitaria“ (Stadtteilinitiativen) wurden für Politiker und Kandidaten für politische Ämter zu den wichtigsten Verbindungsleuten mit ihrer Wählerschaft. In den achtziger Jahren schlossen sich diese Gruppen zu einem nationalen Gremium zusammen, 1997 entstand daraus eine politische Bewegung. Obwohl nur 10% der 52.000 „Juntas“ in

der Partei organisiert waren, stellte sie 2001 über 100 Bürgermeister. Listenplätze wurden ohne jedes Kriterium an Interessenten vergeben, so dass sich vor allem Politiker in den Einflussgebieten der Guerrilla für die Bewegung aufstellen liessen, in denen die traditionellen Parteien keine Chance hatten. Viele der so an die Macht gekommenen Abgeordneten wechselten danach zu anderen Parteien über. Der Partei wurde häufig vorgeworfen, die „Juntas“ politisiert zu haben und ihre Mitglieder mit den illegalen bewaffneten Gruppen konfrontiert zu haben.

Movimiento Compromiso Cívico Cristiano con la Comunidad C4

Die Partei „Movimiento Compromiso Cívico Cristiano con la Comunidad C4“ ist eng mit der Biographie und dem politischen Projekt von Jimmy Chamorro verbunden, der seit 1994 Senator ist.

Chamorro gehört der nicht-katholischen Kirche „Cruzada Estudiantil de Colombia“ an, die von seinem Vater gegründet wurde.

Hervorgetan hat er sich vor allem mit seinem parlamentarischen Einsatz für die Annahme des Statuts von Rom und die Einrichtung des internationalen Strafgerichtshofs. Außerdem trat er für die direkte Wiederwahl der Bürgermeister und Gouverneure ein und sammelte aus diesem Grunde 1,6 Millionen Unterschriften, um ein Referendum über diese Frage durchzuführen zu lassen.

Die große Mehrheit der Stimmen für diese Partei kommt von Mitgliedern protestantischer und evangelikaler Religionsgemeinschaften, denen nach Angaben der Katholischen Bischofskonferenz Kolumbiens ca. 4,5 Millionen Gläubige angehören.

Zum Senat präsentiert diese Partei eine geschlossene Liste mit 30 Bewerbern, die von Jimmy Chamorro angeführt wird.

Circunscrpción Nacional Indígena (CNI)

In den sechziger Jahren begannen sich kleine Interessenvertretungen der zahlreichen Indígena-Stämme des Landes zu bilden, die sich in den achtziger Jahren zu ONIC vereinigten und an der Verfassungsbildenden Versammlung 1991 teilnahmen. Danach kam es zu einer Spaltung der Organisation und jede der neugebildeten drei Bewegungen, AICO, ASI und ONIC erhielt einen Sitz im Senat. Andere Indígenas erhielten auch Parlamentssitze über traditionelle Parteien.

Aufgrund ihrer starken Führungsposition innerhalb ihrer Gemeinschaften, haben die Indígena-Führer relativ leichten Zugang zu Bürgermeister- oder Gemeinderatsposten, während der Einzug in Senat oder Abgeordnetenhaus sich schon schwieriger gestaltet. Die seit 1991 verfassungsmässig zugesagten staatlichen Zuwendungen an die Indígena-Gemeinden, werden häufig zum Stimmenkauf, Vergabe von Posten und Aufträgen als Gegenleistung zu politischer Unterstützung etc. innerhalb der Gemeinschaft benutzt. Hat der „cazique“ selbst keine Möglichkeit, einen Sitz im Parlament zu erlangen, werden Kandidaten anderer Parteien finanziell unterstützt. Auch nicht-indigene Kandidaten, wie der Oberbürgermeister von Medellín, Sergio Fajardo, sind für die Bewegung angetreten.

Pluspunkte der Indigena-Bewegungen, die sie auch für andere Wähler attraktiv machen, sind die Kontrolle, die die Gemeinschaft über ihren Führer ausübt, die Verteidigung der Umwelt, ihre kommunalpolitische Erfahrung und der Widerstand gegen sie traditionelle politische Klasse.

Sonstige Parteien

Daneben kandidierten die Parteien „Movimiento Nacional Progresista“, „Movimiento Conservatismo Independiente“, „Únete a Colombia“, „Reconstrucción Democrática Nacional“, die den Präsidentschaftskandidaten Enrique Parejo unterstützt, und „Participación Comunitaria MPC“.

4. Auswirkungen des Bewaffneten Konflikts

Es wurde allgemein erwartet, dass sich der ELN mit Einschüchterungsversuchen und der Einflussnahme auf das Wahlgesehen zurückzuhalten würde, da er sich in Friedensgesprächen mit der Regierung befindet, die in der Zeit vom 15. – 28. Februar 2006 in Havanna (Cuba) fortgesetzt wurden. Als weiteres positives Zeichen ist ausserdem aufgenommen worden, daß der ELN am 1. März 2006 einseitig einen Waffenstillstand bis zum Tag der Kongreßwahlen erklärte, und das in einer Stellungnahme, die aufhorchen liess. Darin wurde die Position vertreten, daß „der Friede als wünschbare und mögliche Zukunft für Kolumbien nur auf der Grundlage von sozialer Gerechtigkeit und Demokratisierung aufgebaut werden könne.“

Seitens der FARC wurde mit einem Anstieg der Aktivitäten und der Anschläge sowohl gegen Personen als auch gegen militärische Objekte und Infrastruktur-Einrichtungen gerechnet, um ein Klima der Unsicherheit zu schaffen, Zweifel an der Politik der „seguridad democrática“ zu schüren und die Wiederwahl Uribes zu behindern.

Im Jahr 2005 wurden in Kolumbien 16 Gemeinderäte getötet, 11 dieser Morde wurden den FARC zugerechnet. Auch sei daran erinnert, dass die FARC im vergangenen Jahr in Arauca und im Putumayo in „Generalstreiks“ zwei Regionen des Landes förmlich zum Stillstand gezwungen und paralyisiert haben.

In beiden Regionen wurden die FARC in der zweiten Februar-Hälfte 2006 erneut aktiv und legten wieder in „bewaffneten Streiks“ das wirtschaftliche Leben lahm. Neben Arauca waren die südlichen „departamentos“ Guaviare, Putumayo, Cárqueta, Nariño und Meta betroffen. Da einige dieser „Streiks“ bis zum 12. März 2006 angekündigt wurden, stellte sich natürlich die Frage, wie unter diesen Bedingungen ein korrekter Wahlgang durchgeführt werden könne.

Am 27. Februar 2006 ermordeten die FARC 9 Mitglieder des Gemeinderats von Rivera, einem Ort in der Nähe von Neiva, der Hauptstadt des „departamento“ Huila, während einer Arbeitssitzung. Weitere zwei Gemeinderatsmitglieder und ein Polizist wurden bei dieser Aktion verletzt. Staatspräsident Uribe besuchte daraufhin die Krisenregion und versicherte, daß die FARC zwar Schaden anrichten, aber nicht die

geordnete Durchführung der Kongreß- und Präsidentschaftswahlen gefährden könnten.

Zwei Tage zuvor wurde ein Autobus im „departamento“ Caquetá von den FARC überfallen; bei diesem Angriff wurden 9 Passagiere getötet und 11 Personen verletzt. Nach Angaben der „Corporación Misión de Observación Electoral“ wiesen 43 Städte in 11 „departamentos“ ein hohes „Wahl-Risiko“ auf.

Deutlich zugenommen haben im Jahr 2005 auch die Anschläge auf die Infrastruktur des Landes sowie Attacken auf Militärstützpunkte, welche zahlreiche Todesopfer forderten und welche empfindliche Rückschläge für die Politik der Regierung Uribe bedeuteten. Die FARC versuchen so, sich als „factor desestabilizador“ (Andrés Villamizar) zu erweisen, um die Politik der Regierung Uribe zu konterkarieren und die Wahlbeteiligung niedrig zu halten bzw. zu versuchen, den Wahlgang selbst zu boykottieren.

Anders sieht die Strategie der Paramilitärs aus: Sie versuchen, direkt Einfluss auf das politische Geschehen zu nehmen und „legal“ ihre Vormachtsstellung abzusichern. Dabei geht es darum, lokale und regionale Allianzen zu schliessen, eigene Listen aufzustellen, ihnen genehme Kandidaten „durchzudrücken“ und die Wählerschaft einzuschüchtern. Anzeichen für diese Form von Einflussnahme sind „atypische“ Wahlergebnisse, die sich ergeben, wenn z.B. nur ein Kandidat sich um ein öffentliches Amt bewirbt oder eine Person 70 – 90% der Wählerstimmen auf sich vereinigt. Manchmal fallen derartige Vorgänge sogar noch mit politischen Morden oder Massakern zusammen. Nach Angaben der Stiftung „Nuevo Arco Iris“ zeigten sich Anomalien dieser Art in den Wahlen 2002 in den „departamentos“ Magdalena, César, Córdoba, Sucre und Antioquia.

5. Verlauf des Wahlkampfes

Zunächst plätscherte der Wahlkampf so vor sich hin. Im Vordergrund stand die Aufstellung der Wahl-Listen der Parteien und der Disput um die Spitzenplätze auf ihnen. Zu spüren war aber auch deutlich eine gewisse Unsicherheit, wie sich die neuen Wahlregeln auf das Wahlergebnis und damit auf die eigene politische Zukunft auswirken werden. Es waren auch Anzeichen von Nervosität und Konfusion auszumachen, vor allem was die Gestaltung des Stimmzettels, den Medienzugang des Staatspräsidenten und die Interpretation einiger Wahl-Normen anging.

Am 17. Januar 2006 kündigten dann der Vorsitzende des „Cambio Radical“, Germán Vargas Lleras, und der Vorsitzende des „Partido de la U“, Juan Manuel Santos, an, dass sie die auf ihren Listen wieder kandidierenden Senatoren Habib Merheg, Dieb Maloof, Jorge Castro, Luis Eduardo Vives und Jorge Caballeros aus den Listen ihrer Parteien ausschließen würden, da sie über Kontakte zu den Paramilitärs verfügten. Diese Nachricht wirkte wie ein politisches Erdbeben, und damit schien der Wahlkampf nun endlich sein Thema zu haben: der Einfluß der Paramilitärs auf die Politik, auf die politischen Parteien und auf die Wahlen am 12. März 2006. Später wurde bekannt, dass die von beiden Parteien Ausgeschlossenen sich dann bei der Partei „Colombia Viva“ eingeschrieben haben.

Von der Liste der Liberalen Partei wurde dann am 18. Januar 2006 der Abgeordnete Vicente Blel Saad ausgeschlossen. Ausserdem hatte Staatspräsident Uribe die Staatsanwaltschaft gebeten, Untersuchungen über ein mögliches strafbares Verhalten der Senatoren Juan Manuel López Cabrales und Miguel Alfonso de la Espriella einzuleiten.

Zeitgleich platzte eine weitere „politische Bombe“: Es kam das Gerücht auf, der angesehene Senator, Ex-Verteidigungsminister und Prä-Kandidat der Liberalen Partei, Rafel Pardo Rueda, habe geheime Kontakte zu den FARC aufgenommen, um sie für Aktionen und eine Allianz gegen Staatspräsident Alvaro Uribe zu gewinnen, die seine Wiederwahl verhindern sollten. Diese „Nachricht“ wurde zunächst von Juan Manuel Santos in der erwähnten Pressekonferenz am 17. Januar 2006 verbreitet, Vargas Lleras distanzierte sich allerdings sofort und entschied von dieser Anschuldigung.

Nachdem damit das Thema in der Öffentlichkeit war, wurde diese Nachricht in den nächsten Tagen durch die Regierung Kolumbiens offiziell bestätigt: durch den Pressesprecher Ricardo Galán und später durch Luis Carlos Restrepo, „Alto Comisionado de Paz“.

Diese Anschuldigung hatte daraufhin einen handfesten politischen Skandal ausgelöst und sogar zu einem Sturm der Entrüstung auch in uribistischen Kreisen geführt, da Ansehen, Lebensweg und politische Haltung Pardos von vorneherein an den Beschuldigungen zweifeln liessen. Außerdem konnte und wollte Restrepo die ihm vorliegenden Beweise mit Rücksicht auf seinen Informanten nicht öffentlich machen. Staatspräsident Uribe blieb dann am 22. Januar 2006 – während seiner Teilnahme an der Amts-Einführung von Evo Morales in Bolivien – nichts anderes übrig, als diese Vorwürfe zurückzuziehen und sich bei Pardo offiziell zu entschuldigen.

Dieser Vorgang hatte deutliche Auswirkungen: Die Absicht, Uribe wieder zu wählen, sank in einer Umfrage zum ersten Mal unter 50%, und damit wäre er in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen nicht wiedergewählt, während Pardo sich innerhalb der liberalen Prä-Kandidaten deutlich verbessern und auf den zweiten Platz hinter Serpa aufrücken konnte.

Außerdem hatte dieses Ereignis eine große öffentliche Aufmerksamkeit und einen Ansehensverlust Uribes zur Folge sowie Besorgnis und Nachdenklichkeit über das Vorgehen der Regierung ausgelöst.

Ursprünglich hatte der Staatspräsident vorgehabt, sich an dem erst möglichen Termin – dem 28. Januar 2006 – offiziell als Präsidentschaftskandidat einzuschreiben, womit er berechtigt wäre, Wahlkampfveranstaltungen durchzuführen und an ihnen teilzunehmen. Ein erster öffentlicher Auftritt war dann für den folgenden Tag geplant: Am 29. Januar 2006 wollte die Konservative Partei auf einer Großveranstaltung ihre Kandidaten für Senat und Repräsentantenhaus vorstellen; auf dieser Veranstaltung sollte der – nun auch Kandidat – Staatspräsident Uribe auftreten, den die Konservative Partei ja unterstützt.

Der Wirbel, den die Affäre um Pardo ausgelöst hat, aber auch andere Überlegungen haben Uribe dann bewogen, sich erst nach den Kongreß-Wahlen einzuschreiben. Somit zog er am 26. Januar 2006 seine Zusage zurück, an der Veranstaltung der Konservativen Partei mitzuwirken, welche dann auch abgesagt und auf unbestimmte Zeit verschoben wurde.

Die Konservative Partei ging – gestärkt durch die erfolgreiche „Consulta interna“ und die Wahl der örtlichen Führungsgremien - optimistisch in die Wahlauseinandersetzungen. Ausserdem zeigte die Partei in der zu Ende gehenden Legislaturperiode ein großes Maß an Disziplin und Geschlossenheit. Am 20. Januar 2006 wurden dann die Plätze auf der Liste zum Senat im Losverfahren ermittelt, was für einige Politiker sicher eine ungewohnte Erfahrung war. Unstimmigkeiten gab es allerdings bei der Erstellung der Liste zum Repräsentantenhaus in Bogotá, wo sich der erfahrene Abgeordnete Telésforo Pedraza übergangen fühlte und daraufhin beschloss, sich auf der Liste des „Partido de la U“ einzuschreiben.

Aufsehen erregte die Nominierung von Héctor Julio Alfonso López in Cartagena auf dem Spitzenplatz der konservativen Liste für das Repräsentantenhaus im Department „Bolívar“; López ist Sohn von Enilse López („la gata“), welche durch das Geschäft des Glücksspiels und dessen Kontrolle in der karibischen Region Kolumbiens reich geworden ist, über Kontakte zu zweifelhaften Kreisen verfügen soll und großen Einfluß auf die Politik in der „Costa Atlántica“ ausübt.

Ein weiteres politisches Unwetter brach dann am 8. Februar 2006 aus, als Enilse López und ihr Halbbruder Arquimedes Segundo García Romero von der Staatsanwaltschaft wegen des Verdachts der Geldwäsche in Untersuchungshaft genommen wurden. Der Staatsanwaltschaft war bekannt geworden, daß seitens des Bürgermeisters von Montecristo, Arcelio Sánchez Rojas, öffentliche Mittel in beträchtlicher Höhe auf das Konto beider Beschuldigter geflossen sind.

Am gleichen Tag bat Carlos Holguín zum wiederholten Male ihren Sohn, von seinen politischen Ambitionen Abstand zu nehmen und seine Kandidatur für das Repräsentantenhaus zurückzuziehen, da sein Verbleiben in der Konservativen Partei nicht mehr angebracht sei.

Am kommenden Tag wurde dann bekannt, daß eine Firma, die mehrheitlich im Besitz von Enilse López ist, im Jahre 2002 die Präsidentschaftskampagne von Alvaro Uribe mit 100 Millionen Pesos (ca. 40 000,- \$) unterstützt hat – eine Praxis, die sie vermutlich schon seit 1990 gepflegt hat.

Dieser Vorfall entwickelte sich dann zu einem ernsthaften Problem des Konservatismus und brachte ihm über 4 Wochen hinweg ein negatives Echo in den Medien ein.

War zunächst von der Parteiführung die Kandidatur von López akzeptiert worden, änderte sich dann ihre Haltung, als dieses Verhalten in der Öffentlichkeit „Wellenschlug“ und – vor allem - nachdem seine Mutter in Untersuchungshaft genommen worden war.

Schließlich forderte Holguín die regionale Parteiführung auf, auf die Kandidatur von López zu verzichten, was diese allerdings ablehnte. Seitens der Statuten der Partei schienen dem nationalem Parteivorstand die Hände gebunden zu sein.

Dann wurde bekannt, daß selbst Präsident Uribe schon vor einiger Zeit Holguín gebeten habe, die Kandidatur von López einer Revision zu unterziehen. Öffentlich kritisierte die Abgeordnete Gina Parody, welche die Liste des „Partido de la U“ für den Senat anführt, dann in dieser Angelegenheit die Konservative Partei und forderte dessen Ausschluß.

Endlich zog am 23. Februar 2006 die Parteiführung einen Schlußstrich und setzte den regionalen Parteichef ab, was automatisch auch den Ausschluß von López von der Liste für das Repräsentantenhaus zur Folge hatte.

Aber auch für diesen Fall war schon „vorgesehen“ worden: Als der Druck auf López zunahm, hatte er Kontakte mit dem Senator Carlos Moreno de Caro aufgenommen. Letztlich hat er sich aber für „Movimiento Apertura Liberal“ entschieden und sich dort am letztmöglichen Tag, dem 25. Februar 2006, als Kandidat eingeschrieben.

Es ist schon erstaunlich, daß es so weit kommen konnte, waren die Praktiken von Enilse López doch schon seit langem - zumindest im karibischen Teil Kolumbiens - bekannt. Verwunderlich ist auch, welche Einzelheiten über mafiose Praktiken und das Ausmaß illegaler Ökonomie an's Tageslicht kamen, als einmal der Stein in's Rollen gekommen war. Juan Camilo Restrepo wies ihr z.B. in einem Kommentar eine skandalöse Form der Steuerhinterziehung nach (Portafolio 21.2.2006). So bleibt also nur ein bitterer Nachgeschmack über diesen „circo tragicómico nacional“ (Reinaldo Spitaletta)

Am 25. Januar 2006 gab es dann einen weiteren Bewerber für das Amt des Staatspräsidenten: Der zur Konservativen Partei zählende Ex-Minister Alvaro Leyva Durán kündigte seine Kandidatur mit dem Versprechen an, innerhalb von 6 Monaten den Konflikt mit den FARC zu beenden.

Aber auch die Linke hatte eine gravierende Krise zu überstehen: Für die Wahlen des Jahres 2006 hatten sich die Parteien der Linken – vor allem „Polo Democrático Independiente“ (PDI), „Alternativa Democrática“, und MOIR – zum „Polo Democrático Alternativo“ (PDA) zusammengeschlossen.

Von seinem „gemäßigten“ Flügel war nun vorgeschlagen worden, die angesehene Ex-Aussenministerin María Emma Mejía, die ursprünglich der Liberalen Partei angehört, den Spitzenplatz auf der Liste zum Senat anzubieten, wozu sie im Grunde auch ihre Bereitschaft erklärte. Das muss dann zu erheblichen internen Spannungen und vor allem zum Widerstand des „radikalen“ Flügels innerhalb des PDA – insbesondere des Abgeordneten Gustavo Petro - geführt haben, so dass Mejía am 23. Januar 2006 „das Handtuch warf“ und ihre Zusage zurückzog.

Damit war der Fall aber noch lange nicht abgeschlossen: Die Krise schwelte weiter und bewog am 1. Februar 2006 den Prä-Kandidaten und Senator Antonio Navarro Wolf – ehemaliges Mitglied des Guerilla-Verbands M-19, Mitglied der „Constituyente“ und Mitbegründer des PDI – dazu seine Bewerbung um die Präsidentschaftskandidatur zurückzuziehen, um die Einheit der Partei zu wahren und – so wörtlich – „den Schaden zu beheben, der aufgrund der Auseinandersetzung um die Wahlliste irreparabel werden kann“. Daraufhin versuchten einige seiner Anhänger ihn zum „Rücktritt vom Rücktritt“ zu bewegen, wozu er sich dann am 6. Februar 2006 bereit erklärte.

Jedenfalls hat dieser Vorfall das Bild von einer auf dem Weg der Konsolidierung sich befindenden politischen Linken in Kolumbien erheblich getrübt.

Ein weiterer Vorfall verursachte am 2. Februar 2006 öffentliches Aufsehen: An diesem Tag wurden die Abgeordneten Rocío Arias und Eleonora Pineda, deren Sympathien für die paramilitärischen Gruppen bekannt sind und die den Demobilisierungsprozess der Paramilitärs unterstützt haben, eben wegen dieser Verbindungen zu den Paramilitärs von der Liste der Partei „Colombia Democrática“

ausgeschlossen. Dies geschah – so wurde verschiedentlich vermutet – auf Druck der Botschaft der USA in Kolumbien.

Überraschend war zumindest der Zeitpunkt dieser Entscheidung, fand doch die erste „Säuberung“ von Wahl-Listen bereits am 17. Januar 2006 statt. Ausserdem wurden die beiden Abgeordneten bisher nicht wegen ihrer vermutlichen Verbindungen zu den Paramilitärs öffentlich kritisiert. Rocío Arias wurde dann am 6. Februar 2006 in die Liste „Dejen jugar al Moreno“ des schillernden Senators Carlos Moreno de Caro aufgenommen; Eleonora Pineda bewarb sich in der Partei „Colombia Viva“ um die Fortsetzung ihres Mandats.

Ebenfalls am 6. Februar 2006 erweiterte sich der Kreis der Präsidentschaftsbewerber um den Ex-Justizminister Enrique Parejo González.

Mit Enttäuschung und Frustration wurde aufgenommen, daß im Wahlkampf programmatische Auseinandersetzungen weitgehend fehlten, daß es an einem Wettstreit der Ideen mangelte und daß die Probleme des Landes öffentlich nur unzureichend diskutiert wurden.

Auch die Katholische Kirche mahnte in einer Pressekonferenz am 6. Februar 2006 eine tiefgreifendere programmatische Debatte an. „ Wir erwarten Programme, nicht nur Streitigkeiten und Propaganda“, so Bischof Augusto Castro, der Vorsitzende der Katholischen Bischofskonferenz Kolumbiens.

Meinungsumfragen, die aufzeigten, daß die „uribistischen“ Parteien möglicherweise nicht über eine Mehrheit im künftigen Kongreß verfügten, liessen dann die Alarmglocken bei den Beratern Uribes aufschallen. So wurde dann angekündigt, daß Uribe seinen Wahlkampf offiziell am 1. März 2006 aufnehmen werde, um „seine“ Parteien in den beiden letzten Wochen des Wahlkampfs zu unterstützen.

Geplant waren „programmatische Workshops“ mit Vertretern der ihn unterstützenden Parteien zwischen dem 1. und dem 10. März 2006.

Ausgeschlossen vom „Uribismus“ wurden die Parteien „Convergencia Ciudadana“ und „Colombia Viva“, die daraufhin die Allianz mit Uribe aufkündigten, wodurch seine Regierung im aktuellen Kongreß möglicherweise ihre Mehrheit verlieren würde.

Zu einer „traditionellen“ Kontroverse kam es dann zwischen dem Ex-Präsidenten Alfonso López Michelsen und der Katholischen Kirche in der zweiten Februar-Hälfte. Zum Abschluß der Vollversammlung der Katholischen Bischofskonferenz riefen die Bischöfe in einer Erklärung ihre Gläubigen dazu auf, für die Kandidaten zu stimmen, „welche die volle Garantie gäben, das Leben zu verteidigen“. In einer Presse-Konferenz fügte Kardinal Pedro Rubiano Sáenz wörtlich hinzu, daß Katholiken nicht Politiker wählen dürften, die den Schwangerschaftsabbruch und die gleichgeschlechtliche Ehe befürworteten.

Und genau das brachte den liberalen Ex-Präsidenten auf, der einen geschichtlich „wunden Punkt“ im Verhältnis zwischen dem Liberalismus und der Katholischen Kirche getroffen sah und den Bischöfen eine „von dem liberalen Denken her nicht zulässige Einmischung in die Politik“ vorwarf.

6. Das Ergebnis der Wahlen

Für den Senat haben sich insgesamt 20 Listen - gegenüber 321 im Jahr 2002 - eingeschrieben, 465 Parteien beteiligen sich an der Wahl zum Repräsentantenhaus, davon kandidieren allerdings 410 nur in einem „departamento“.

Insgesamt bewarben sich 874 Personen für einen Sitz im Senat, ein Mandat im Repräsentantenhaus strebten 2005 Politiker an.

Kritisch äusserte sich der Politikwissenschaftler Fernando Giraldo zu der Politischen Reform. Zwar sei es quantitativ gelungen, die Zahl der politischen Parteien zu reduzieren, im qualitativen Sinne sei aber verfehlt worden, was das Land dringend benötige, nämlich gefestigte politische Parteien mit klaren politischen Programmen zu schaffen.

Für die 102 Sitze des Senats haben sich insgesamt 857 Kandidaten aus 20 Parteien – gegenüber 59 politischen Bewegungen im Jahre 2002 - eingeschrieben; 2

Senatoren-Sitze sind Vertretern der Indigenas vorbehalten,

2 Sitze des Repräsentantenhauses stehen der ethnischen Minderheit der afrokolombianischen Bevölkerung zu, um welche 29 Listen konkurrierten, und ein weiterer Sitz den Indígenas, für den sich 6 Listen bewarben.

Zur Überraschung vieler Beobachter und entgegen den Voraussagen der Meinungsumfragen konnte sich der „Partido de la U“ im Senat mit 20 Sitzen als stärkste Kraft durchsetzen.

Zusammen mit den anderen Parteien, die Uribe unterstützen, kommt der „Uribismus“ auf 60-70% der Sitze im Senat und verfügt auch im Repräsentantenhaus über eine absolute Mehrheit.

Das Wahlergebnis stellt einen großen persönlichen Erfolg für Staatspräsident Alvaro Uribe und eine überzeugende Zustimmung zu seiner Politik dar.

Auch wenn der „Uribismus“ im „alten Kongreß“ schon über eine stabile Mehrheit verfügte, ist diese Situation nun durch die Wähler direkt und eindeutig bestätigt und legitimiert worden; das Wahlergebnis stellt somit eine Konsolidierung des politischen Projekts dar, das mit der Präsidentschaft Uribes vor vier Jahren begann. Dies ist um so erstaunlicher, als im lateinamerikanischen Kontext die Regierungen normalerweise mit einer Verringerung ihrer Popularität aus dem Amt scheiden.

Zweitstärkste Kraft wird mit 18 Sitzen im Senat die Konservative Partei, die zwar gegenüber 2002 leicht an Einfluß eingebüßt und in absoluten Zahlen ca. 500 000 Stimmen weniger erreicht hat, aber andererseits mit dem Ergebnis, zweitstärkste Kraft im Senat Kolumbiens zu sein, sich unter den gegebenen Umständen – neue Wahlregeln, „Konkurrenz“ durch uribistische Parteien – beachtlich behaupten konnte. Allerdings dürfen die Alarmsignale nicht übersehen werden: In Zukunft stellt die Konservative Partei im Senat nur etwa ein Drittel des Uribismus, in Bogotá ist die Partei förmlich „eingebrochen“ und erreicht nur 1 von 18 Sitzen der Hauptstadt für das Repräsentantenhaus, und auch in Antioquia stellt die Partei nur noch 2 von 17 Abgeordneten in der zweiten Kammer.

Nach einer eigenen Presseerklärung vom 15. März 2006 ging die Konservative Partei aus den Kongresswahlen als stärkste politische Kraft hervor, welche darüber hinaus eindrucksvoll ihr Meinungsführerschaft in der kolumbianischen Politik bestätigt haben. Die Führung der Konservativen Partei sieht sich in ihrem Kurs bestätigt, weil sie zum ersten Mal die Liberale Partei überflügelt und sich als zweite politische Kraft im Kongress Kolumbiens etabliert hat.

Demgegenüber warnte der wieder gewählte Senator Omar Yepes seine Partei vor diesem Triumphalismus und forderte sie auf, wieder auf den Boden der Tatsachen

zurückzukommen. Im Senat sank die Zahl der gewählten Abgeordneten von 25 auf 18, im Repräsentantenhaus von 40 auf 30.

Wie dem auch sei, trotz des leichten Stimmen- und Mandatsrückgangs bleibt die Konservative Partei – vor allem auf ihrer Geschlossenheit und Disziplin – weiterhin ein entscheidender Faktor in der Politik Kolumbiens.

Mit diesen Wahlen erlebte Kolumbien ein „politisches Erdbeben“: Zum ersten Mal haben die Konservative und die Liberale Partei jeweils weniger als 20% der Stimmen gewonnen und kommen gemeinsam nur noch auf 35 der Sitze im Senat – genau so wie die eindeutig uribistischen Parteien „Partido de la U“ und „Cambio Radical“. Die beiden Traditionsparteien haben gleichzeitig gewonnen und verloren: Die Konservativen, die einige Beobachter schon abgeschrieben hatten, haben sich behauptet, aber leicht an Einfluß verloren; die Liberalen haben mehr Sitze gewonnen, als sie derzeit im Senat besitzen, aber wesentlich weniger Stimmen als 2002 erhalten.

Das Wahlergebnis lässt sich aber auch anders interpretieren, wenn man den „Partido de la U“ und „Cambio Radical“ als im weitesten Sinne zum Liberalismus zugehörig ansieht, zu dem sich ja überwiegend deren Wähler und Führungspersönlichkeiten zählen. Dann bliebe Kolumbien mehrheitlich liberal, und im Senat verfügte er mit 53% über die Mehrheit.

Entscheidend für die künftige Gestalt des Parteiensystems wird daher sein, inwiefern und ob der Uribismus sich zu einer eigenständigen Kraft entwickeln kann oder mehrheitlich zu seinen liberalen Wurzeln zurückkehrt, was nicht zuletzt auch von der Entwicklung der Liberalen Partei selbst abhängen wird.

Etabliert hat sich der „Polo Democrático Alternativo“ als linke Kraft im Parteienspektrum Kolumbiens und wird von einigen Beobachtern ebenfalls als Gewinner dieser Wahlen bezeichnet.

Verloren haben klar die „personalistischen“ Parteien wie „Visionarios con Mockus“, „Por el país que soñamos“ und „Dejen jugar al Moreno“.

Der Wahltag selbst ist in relativer Ruhe verlaufen; es gab insgesamt weniger Zwischenfälle als 2002. Gemeldet wurden 43 Aktionen der FARC, die darauf abzielten, die Durchführung der Wahlen zu behindern. Nach Angaben der Sicherheitskräfte fanden die Wahlen somit „in relativer Normalität“ statt.

4 der 9 ausgeschlossenen Abgeordneten, denen Kontakte zu zweifelhaften Kreisen und den Paramilitärs nachgesagt wurden, sind von anderen Parteien aufgenommen und wiedergewählt worden. 7 Senatoren stellt überraschenderweise die schillernde Partei „Convergencia Ciudadana“, die im Wahlkampf über hohe finanzielle Ressourcen verfügte.

Ein neues Phänomen war bei diesen Wahlen zu beobachten: Konnten bisher einzelne Abgeordnete ausgemacht werden, die den Paramilitärs nahestanden, waren in diesem Jahr wenigstens zwei Parteien zweifelhafter Herkunft und Verhaltens zu beobachten, die – offensichtlich – über ansehnliche Finanzmittel verfügten und eine recht hohe regionale Machtstellung besaßen. So gehören der Partei „Colombia Viva“

10 Abgeordnete des „alten“ Kongresses, 27 Bürgermeister und 444 Gemeinderatsmitglieder an.

„Apertura liberal“ – eine vor dem Eintritt von Héctor Alfonso López weitgehend unbekannt politische Bewegung, die gewissermaßen „über Nacht“ sich entschloß, an den Wahlen teilzunehmen – stellt nun 4 Mitglieder im Repräsentantenhaus. López selbst wurde übrigens in Bolivar mit der höchsten Stimmenzahl in die zweite Kammer des kolumbianischen Kongresses gewählt.

Zu den Gewinnern der Wahl zählt sicher Germán Vargas Lleras, der Führer von „Cambio Radical“. Er erzielte die meisten Stimmen der Wahlen zum Senat und wird schon jetzt als einer der möglichen Nachfolger Uribes – besonders mit Blick auf 2010 – angesehen. Zu dieser Gruppe gehört sicher auch Juan Manuel Santos, der neben Senator Ivan Zuluaga der „Architekt“ und der Vorsitzende des „Partido de la U“ ist. Ein nicht zu unterschätzender Faktor für die zukünftige Entwicklung dürfte aber die politische Rivalität zwischen beiden sein, welche ja auch in der Öffentlichkeit in ungewöhnlich heftiger Form ausgetragen wurde.

Mit diesen Wahlen zeichnen sich die Grundzüge der neuen politischen Landkarte in Kolumbien ab; es ist ein neues politisches Szenario entstanden, das aber für die Zukunft verschiedene Möglichkeiten zuläßt. Die Struktur des Parteiensystem wird wesentlich von der Arbeit und von dem Verhalten der in den Kongreß gewählten politischen Parteien selbst abhängen. Sie alle haben die Chance, sich zu modernisieren, zu konsolidieren und an Einfluß gewinnen. Vor allem die traditionellen Parteien müssen das Wahlergebnis ernsthaft analysieren und die entsprechenden Konsequenzen ziehen. Nach dem „Warnschuß“ dieser Wahlen verbleibt dafür aber nicht allzuviel Zeit.

Der „Partido de la U“ hat die Chance, den Wahlsieg, den er der „Popularität“ Uribes verdankt, und die kommende Legislaturperiode zu nutzen, um den „Caudillismus“ hinter sich zu lassen und sich zu einer ideologisch-programmatisch verankerten, strukturierten modernen Volkspartei zu entwickeln.

Genau so gut ist aber denkbar, daß dessen „politisches Leben“ mit der möglichen zweiten Amtszeit von Uribe endet, interne Divisionsprozesse einsetzen und Teile des „liberalistischen Uribismus“ wieder zur Liberalen Partei zurückkehren.

Positiv für das politische System hat sich aber ausgewirkt, daß es zu mehr Wettbewerb zwischen den politischen Parteien gekommen ist und daß sich neue Akteure an diesem Wettbewerb beteiligen.

Bei den Wahlen zum Senat war ein interessantes Phänomen zu beobachten: Rund 70-80% der Stimmen erhielten die gewählten Senatoren in ihrer Heimatregion. Dieser Sachverhalt wirft mehrere Fragen auf und läßt mehrere Rückschlüsse zu: Wie läßt sich unter diesen Umständen ein auf nationaler Ebene gewählter Senat, wie es die Verfassung von 1991 vorschreibt, noch rechtfertigen? Gibt es nur wenige Politiker, die auf nationaler Ebene anerkannt sind und über ein entsprechendes politisches Profil verfügen? Befinden sich die Parteien in einem Prozess der „Denationalisierung“?

7. Wahlbeteiligung und politische Partizipation

Nach Angaben der „Registraduría Nacional del Estado Civil“ betrug die Zahl der Wahlberechtigten („Censo Electoral“) für die Teilnahme an den Wahlen dieses Jahres 26 593 271.

An den Wahlen beteiligten sich nach Auszählung von 93,02 % der Wahlurnen 10 780 668 Bürger, wenn man die ungültigen und nicht markierten Stimmzettel einbezieht. Gültige Stimmen gaben bis zu diesem Zeitpunkt 9 390 408 Wähler ab. Eingerichtet wurden insgesamt 76 031 Wahl-Urnen, die sich in ca. 11 000 Wahlzentren befanden.

Um die 102 Sitze des Senats bewarben sich 815 Kandidaten (2 861 im Jahre 2002) auf 20 Listen.

1 885 Personen (6 312 im Jahre 2002), die rund 400 Parteien bzw. Bewegungen angehören, bewarben sich um die 166 Sitze des Repräsentantenhauses.

Ein Vergleich mit dem Wahlergebnis 2002 ist nur bedingt möglich, da 40 % der Senatoren und 45% der Mitglieder des Repräsentantenhauses nicht mehr den Parteien angehören, für die sie damals gewählt wurden, und ausserdem einige relevante Parteien erstmalig im Jahre 2006 antraten.

Die Stimmen für den Senat werden landesweit ausgezählt, während die Sitze des Repräsentantenhauses gemäss dem Wahlergebnis auf departamentaler Ebene vergeben werden.

Bemerkenswert ist in Kolumbien die traditionell geringe Wahlbeteiligung, die nun bei 40 % liegen dürfte (vgl. Tabelle 1). Als Gründe wurden der komplizierte Wahlvorgang, der neue, ungewohnte Wahlzettel, aber auch die unzureichende „Wahl-Pädagogik und die spärliche Information über die neuen Wahl-Bestimmungen genannt.

Das allein kann aber die geringe Wahlbeteiligung nicht erklären. Schließlich waren die Bedingungen für eine friedliche Stimmabgabe besser als vor vier Jahren; außerdem konnte durchaus von einer – vor allem durch die Präsenz des „Uribismus“ - „politisierten“ Atmosphäre in Kolumbien gesprochen werden, allerdings war die „heiße“ Wahlkampfphase kürzer als bei früheren Wahlen. Für die Legitimität der Demokratie in Kolumbien wird es aber unverzichtbar sein, die Ursachen dieser Apathie zu analysieren und die Partizipation der Bürgerschaft an den Wahlen deutlich zu erhöhen.

Eine entscheidende Rolle im Wahlgesehen Kolumbiens spielt die Hauptstadt Bogotá. Hier leben ca. 4,2 Millionen Wähler. In der Hauptstadt werden ca. 11% der Mitglieder des Repräsentantenhauses gewählt, und 15% der Senatoren haben hier ihren Wohnsitz.

Die Zahl der Stimmenthaltungen ist gegenüber 2002 von 4,4% auf 2,9% leicht gesunken. Deutlich zugenommen hat allerdings die Zahl der ungültigen Stimmen von 9,8% auf 12,8%.

Dafür verantwortlich gemacht wird neben den erwähnten Gründen die unzureichende Schulung der Wahlhelfer bei der Auszählung der Stimmen. Damit steht die Demokratie Kolumbiens vor dem Sachverhalt, dass ca. 16% der abgegebenen Stimmen keine parlamentarische Repräsentanz erfahren.

Die ungültigen bzw. schlecht markierten Stimmen werden darüber hinaus nicht als Wahlbeteiligung gewertet. Summiert man ungültige bzw. schlecht markierte Wahlzettel mit den Stimmenthaltungen, würde diese „Partei“ fast genau so viel Stimmen auf sich vereinigen wie der „Partido de la U“.

Es ist aber auch über positive Initiativen zu berichten, die versucht haben, zu einem sauberen, fairen und korrekten Wahlprozess beizutragen:

Zum einen die Aktion „Candidatos Visibles“ des Programms „Congreso Visible“ der „Universidad los Andes“; freiwillig konnten die Kandidaten zum Kongress Informationen über ihren politischen Werdegang, ihren Wahlkampf, dessen Finanzierung und ihr Programm dem „Congreso Visible“ zur Verfügung stellen, welcher diese Angaben auf seiner Homepage dann öffentlich zugänglich machte. Bis zum 4. Februar 2006 hatten sich auf diese Weise 170 Kandidaten daran beteiligt.

Zum anderen hatten sich bei vorgezogenen Kommunalwahlen in Cartagena im November 2005 vor allem jüngere Bürger sich in sog. „vigías democráticas“ zusammengeschlossen, um die Wähler über die Bedeutung des Wahlrechts zu informieren sowie den Wahlprozess zu beobachten und zu kontrollieren. Über diese Initiative, die von einer örtlichen Universität, der „Universidad Tecnológica de Cartagena“ ausging, wurde nun in anderen Städten des Landes informiert, um dort ähnliche Aktivitäten anlässlich der Kongress-Wahlen zu entwickeln.

Positiv ist sicher auch zu werten, daß vier junge Kandidaten, die aus Bogotá stammen und vier verschiedenen Parteien angehören, eine öffentliche Vereinbarung trafen und sich verpflichteten, klientelistische Praktiken zu unterlassen, einen neuen, transparenten Politikstil zu praktizieren, jegliche Einflußnahme von illegalen bewaffneten Gruppen zurückzuweisen und sich gemeinsam für die Belange der Hauptstadt einzusetzen. Sie versprachen, eine neue und bessere Art Politik zu machen und das über die Parteigrenzen hinweg durchzusetzen.

Zu den positiven Zeichen gehört sicher auch die Initiative „Vote bien“, die – wie schon in den Jahren 2002 und 2003 – auf ihrer „Homepage“ grundlegende Informationen anbietet, die für jeden Wähler zugänglich sind. Dieses Projekt wurde von der Wochenzeitung „Semana“, der Tageszeitung „El Tiempo“ und der Friedrich-Ebert-Stiftung in's Leben gerufen.

8. Präsidentschaftskandidaten und Ausblick auf die Präsidentschaftswahl am 28. Mai 2006

Die entscheidende Frage war, wie stark und gefestigt die parlamentarische Basis im künftigen Kongress Kolumbiens sein wird und ob die Wahlen Rückschlüsse auf den Ausgang der Präsidentschaftswahl erlauben.

Uribe selbst hat seinen Wahlkampf am 1. März 2006 begonnen und dann die politischen Kräfte unterstützt, die ihn zu ihrem Präsidentschaftskandidaten erhoben haben.

Es wurde vereinzelt aber auch Kritik an der Regierung geäußert. Fernando Londoño Hoyos, Innen- und Justizminister (2002 – 2004), sprach in einem Kommentar am 10.

Februar 2006 – allerdings, bevor Uribe seinen Wahlkampf aufgenommen hatte - von einem „gobierno silencioso“ und machte eine „ausencia de liderazgo“ aus. Die erneute Kandidatur Uribes unterstützten 1 306 492 Bürger mit ihrer Unterschrift; die Unterschriften, die im Namen der Bewegung „Colombia Siempre“ am 15. Dezember 2005 bei der „Registraduría“ hinterlegt wurden, überstiegen die in diesem Fall gesetzlich vorgeschriebene Mindestzahl von 331 000 Unterschriften also bei weitem.

Korrespondierend zur Auseinandersetzung in den politischen Parteien um die Formierung ihrer Wahllisten entwickelte sich die Debatte unter den jeweiligen Präsidentschaftskandidaten. Am gleichen Tag der Kongreßwahlen wollten der „Polo Democrático Alternativo“ und die Liberale Partei eine „Consulta Interna“ durchführen, an der – da die Parteien nicht über ein eindeutiges Mitgliederverzeichnis verfügten – aber alle Bürger teilnehmen konnten, um den jeweiligen Präsidentschaftskandidaten zu bestimmen. Beim „PDA“ waren Carlos Gaviria, Senator und ehemaliges Mitglied des Verfassungsgerichts, und Antonio Navarro Wolf, Senator, Mitglied der „Constituyente“ und ehemaliges Führungsmitglied der Guerilla-Bewegung M 19, im Rennen.

Für das gleiche Vorgehen hatte sich die Liberale Partei entschieden: hier bewarben sich Horacio Serpa, Ex-Innenminister und Präsidentschaftskandidat 1998 und 2002, Rafael Pardo Rueda, Senator und Ex-Verteidigungsminister, Rodrigo Rivera, Senator und ehemaliger Parteivorsitzender, und Andrés Gonzalez, Senator und Ex-Justizminister. Ausgeschlossen war Cecilia López, die am 12. Januar 2006 das Angebot des alleinigen Partei-Präsidenten César Gaviria angenommen hat, die Liste der Liberalen Partei für den Senat anzuführen.

Nachdem unter großer Beteiligung ein liberaler Parteitag im Juni 2005 durchgeführt wurde, stellte sich die schwierige Aufgabe, ein von allen Aspiranten akzeptiertes Regelwerk für die Nominierung des Präsidentschaftskandidaten zu entwickeln, was dann Mitte August 2005 auch gelang. Allerdings warf der populäre Ex-Bürgermeister Enrique Peñalosa kurz zuvor „das Handtuch“ und erklärte, nicht mehr für die Liberale Partei als Präsidentschaftskandidat zur Verfügung zu stehen.

Die Kandidaten der Liberalen Partei haben ihre Chance genutzt, sich der eigenen Partei und der eigenen Wählerschaft bekannt zu machen sowie politisches Profil - u.U. auch im Hinblick auf die Präsidentschaftswahlen 2010 - zu gewinnen. Dadurch ergab sich ein interessanter Nebeneffekt, der sich sicher auch positiv auf das Abschneiden der Liberalen Partei ausgewirkt hat. Der Wettbewerb unter ihnen führte zu Mobilisierung der gesamten Anhängerschaft der Liberalen Partei und überdeckte bzw. reduzierte die internen Spannungen zwischen den Kandidaten zum Kongress und innerhalb der Partei, welche in anderen Bewegungen offenkundig wurden. Manchmal traten die Kandidaten sogar gemeinsam mit dem Parteiführer César Gaviria auf, polemische Attacken und Misstöne bei der Auswahl ihres Präsidentschaftskandidaten waren weitgehend unterblieben. Gemeinsame programmatische Position dieser „Prä-Kandidaten“ ist, dass sie höhere Investitionen im Sozial-Sektor befürworten, für einen entschiedeneren Kampf gegen die Armut eintreten und sich für eine „mehr“ politische Lösung des Konfliktes in Kolumbien einsetzen.

Einen deutlichen Gewinn an politischer Reputation und Anerkennung verzeichnete Rafael Pardo, der in einem sachlichen und soliden Stil vorging und darüber hinaus ein gehaltvolles Programm präsentierte. Die politische Zukunft dürfte aber Rodrigo Rivera gehören, der keine Debatte scheute, energisch seine Positionen vertrat, die ebenfalls gut begründet waren, und sich für höhere Aufgaben empfahl. Andrés González wurden von vornherein nur Aussenseiterchancen eingeräumt. Wohltuend hat sich übrigens der Stil der Auseinandersetzung zwischen den Präkandidaten der Liberalen Partei von dem „Geschacher“ um die Listenplätze bei anderen Parteien abgehoben, welcher das Geschehen bis zum 7. Februar 2006 bestimmte.

Erwartungsgemäß hat Horacio Serpa, da er in der Partei tiefer verankert ist und die Funktionäre und den Apparat hinter sich wusste, die „Consulta Interna“ für sich entschieden und tritt nun zum dritten Mal als Präsidentschaftskandidat der Liberalen Partei – zum zweiten Mal gegen Uribe – an. (s. Tabelle Nr 7) Er hat allerdings weniger als 50% Zustimmung erhalten; an dieser internen Entscheidung wurden rund 800 000 Wahlzettel mehr abgegeben, als die Liberale Partei Stimmen erhalten hat. Überrascht hat das gute Abschneiden von Rafael Pardo und Rodrigo Rivera, die sicher als künftige Führungspersönlichkeiten der Liberalen Partei angesehen werden können.

Die Auseinandersetzung zwischen Antonio Navarro Wolf und Carlos Gaviria fand in Form eines „normalen“ Wettbewerbs um ein öffentliches Mandat statt und liess die internen Spannungen vergessen, die anlässlich der Aufstellung der Liste für den Senat offenkundig geworden waren. Die latente Krise besteht aber weiter. Überraschenderweise hat sich der „Intellektuelle“ Gaviria eindeutig mit 529 309 Stimmen (52,2%) gegen den „Politiker“ Navarro (467 091 Stimmen = 46%) durchsetzen können. Auf der einen Seite scheinen die Wähler Navarro seinen „Rücktritt vom Rücktritt“ nicht verziehen zu haben, auf der anderen Seite haben sie sich für den „radikaleren“ Kandidaten innerhalb des PDA entschieden. Der Überraschungserfolg von Gaviria und seine hohe politische Reputation lässt einige politische Beobachter sogar mutmassen, dass er bei den Präsidentschaftswahlen mehr Stimmen als Serpa erhalten könne. Nicht auszuschliessen ist aber mit Blick auf den 28. Mai 2006, dass sich die anti-uribistischen Kräfte auf einen Kandidaten einigen werden, wenn das ihre Chancen erhöht.

An der „Consulta interna“ der Liberalen Partei und des Polo Democrático Alternativo konnten alle Wähler teilnehmen, d.h. auch die, die nicht für diese Parteien gestimmt haben oder ihnen nicht angehören. Interessant ist, das bei der Auswahl des jeweiligen Präsidentschaftskandidaten mehr Personen teilgenommen haben als an den Kongresswahlen für die Partei votiert haben.

Die übrigen Kandidaten – Antnas Mockus, Alvaro Leyva und Enrique Parejo - und die sie unterstützenden Bewegungen spielten keine signifikante Rolle bei diesen Kongresswahlen und dürften auch bei den Wahlen am 28. Mai 2006 nur Aussenseiterchancen haben. (vgl. Tabelle Nr. 11d)

Nach einer am 20. März veröffentlichten Umfrage, die von RCN Television, RCN Radio, La FM de RCN und Semana in Auftrag gegeben worden war, erklärten 56%

der Befragten , am 28. Mai 2006 für Uribe zu stimmen, 25% sprachen sich für Serpa aus, 9% für Gaviria und 2% für Mockus.

9. Zusammenfassung

1. Die Wahl von Uribe im Jahre 2002 hat gezeigt, daß auch das traditionelle Parteiensystem in Bewegung geraten ist; das politische System befindet sich seit längerem also in einem „proceso de significativa recomposición“ (Eduardo Posada Carbó) und in einem Transformationsprozeß, der sicher mit den Wahlen am 12. März 2006 noch nicht sein Ende gefunden hat.

Sie können daher als „Übergangswahlen“ verstanden werden, weil sie unter neuen Bedingungen – direkte Wiederwahl des Staatspräsidenten, neue Wahl-Regelungen – stattfanden, welche Unsicherheit, Nervösität und Ungewißheit mit sich brachten. Die Parlamentswahlen sind gewissermassen „präsidialisiert“ worden, da sie auch eine Abstimmung über die Politik des Präsidenten/Kandidaten Alvaro Uribes darstellten. Das Ergebnis der Kongresswahlen lässt sich daher entscheidend durch die Dominanz und die Popularität des aktuellen Staatspräsidenten erklären.

2. Es bilden sich möglicherweise mit diesem Wahlergebnis die Umriss eines künftigen Parteiensystems heraus, das sich aus 4 Blöcken – Rechts, Mitte-Rechts, Mitte-Links und Links – zusammensetzen könnte. Zwischen diesen „Blöcken“ kann es natürlich noch zu Verschiebungen kommen. Ebenso ist denkbar, daß sich das künftige Parteienspektrum um die Pole PDA, Liberale Partei und „Uribismus“/ Konservative Partei gruppieren wird. Es wird allgemein damit gerechnet, daß es in Kolumbien zu einem „multipartidismo moderado“ (Elisabeth Ungar, León Valencia) kommen wird.

Neu war außerdem, daß bei diesen Wahlen mehrere Parteien aus dem Mitte-Rechts-Spektrum antraten und somit auch gegeneinander kandidierten; dieser „Streit“ um die politische Mitte erklärt auch das Abschneiden der Konservativen Partei.

Insgesamt gesehen, dürfte Uribe – sollte er wieder gewählt werden - also über eine ansehnliche und stabile Mehrheit im Kongreß Kolumbiens verfügen.

Neu ist sicherlich auch die Erfahrung, daß keine Partei über einen Rückhalt von mehr als 20% der Wählerstimmen verfügt, was intensive Verhandlungen zwischen den Akteuren und die Führung einer „Mehr-Parteien-Koalition“ notwendig macht.

3. Die Kongreßwahlen haben gezeigt, daß die Politische Reform des Jahres 2003 in der Tat eine beträchtliche Reduzierung der Zahl der politischen Parteien in Kolumbien bewirkt hat. Aber damit ist dieser „proceso de reagrupación de fuerzas“ (Clara Rocío Rodríguez Pico) noch keineswegs abgeschlossen.

Es wird sicher zu weiteren Zusammenschlüssen und Allianzen von Parteien – dann aber hoffentlich aufgrund klarer ideologisch-programmatischer Gemeinsamkeiten, und nicht nur aufgrund wahltaktischer Überlegungen und persönlicher Interessen – kommen und kommen müssen. Wenn die Wahlen „atypisch“ waren bzw. wenn man von „Transitions-wahlen“ sprechen kann, dann gibt es derzeit sicher in Kolumbien auch „ein Parteiensystem in Transition“.

Die Politische Reform hat sich sicherlich bewährt, ist allerdings eine „reforma incompleta“ (Clara Rocío Rodríguez Pico), kann aber als Schritt in die richtige Richtung bezeichnet werden. Vor allem ist es gelungen, die Zahl der politischen

Parteien, die im Kongreß vertreten sind, spürbar zu reduzieren; politische Verantwortlichkeit ist somit leichter zuzuordnen.

Der Personalismus der politischen Kultur und die damit verbundene Informalität sind damit aber noch lange nicht überwunden. Im Gegenteil: das „Voto preferente“ hat dazu geführt, daß die Parteien nicht in erster Linie gegeneinander kämpften und um die Gunst der Wähler warben, sondern die Kandidaten einer Partei wetteiferten untereinander, um auf der Liste „nach oben zu rutschen“ und einen Sitz im Kongreß zu erwerben.

Ein positiver Effekt der Politischen Reform kann sicher schon jetzt verzeichnet werden: Den „Ein-Person-Parteien“ und den „Partikularinteressen-Parteien“ wird es schwerer gemacht, eine parlamentarische Präsenz zu erreichen. Außerdem wird der Druck auf die „ernsthaften“ politischen Gruppen und Politiker größer werden, sich – ideologisch-programmatische Nähe vorausgesetzt – in einem gemeinsamen politischen Projekt zusammenzufinden.

4. Das Ergebnis der Kongreßwahlen vom 12. März 2006 kann möglicherweise dazu führen, daß der Präsidentialismus und die Regierbarkeit entscheidende positive Änderungen erfahren.

Zunächst hat die Dominanz der Person Uribe auch einen „polarisierenden“ Effekt dergestalt ausgelöst, daß die politischen Parteien derzeit als „uribistisch“ und „antiuribistisch“ eingeteilt werden können. Vielleicht kann man daher zum ersten Mal seit langem in klarer Form zwei politische Blöcke – Regierungslager und Opposition – unterscheiden, was sicher auch einen Fortschritt in der Zuweisung politischer Verantwortlichkeit bedeuten wird.

Sollte diese Rollen- und Arbeitsteilung Bestand haben und die Fraktionen des Regierungslagers wirklich eine dauerhafte, konsistente Koalition bilden, hätte das noch sehr viel weitreichendere Konsequenzen und würde das Handeln des Staatspräsidenten stärker und wirksamer an die Mehrheit des Parlaments binden und umgekehrt.

Statt – wie seit der Zeit der „Frente Nacional“ üblich – Angehörige der Oppositionspartei in das Kabinett einzubeziehen bzw. jeder einzelnen Gesetzesvorlage eine neue Mehrheit verschaffen und verhandeln zu müssen, stünden sich nun Präsident/Parlamentsmehrheit und Opposition in „institutionalisierter“ Form gegenüber, was sicherlich Stabilität und Effektivität der politischen Entscheidungsfindung deutlich verbessern dürfte.

Es ist daher nicht auszuschließen, daß die Wahlen vom 12. März 2006 den Übergang von einem „presidencialismo mayoritario a un presidencialismo de coaliciones“ (Pedro Medellín) bedeuten und zu einem Präsidentialismus führen, in dem das parlamentarische Element wesentlich gestärkt wird und welcher den manchmal in Lateinamerika existenten fruchtlosen Gegensatz – „hier Präsident, dort der Kongreß“ - überwinden hilft.

5. „Die meisten südamerikanischen Parteien sind . . . lockere Verbände, die der Wählerschaft keine ideelle Substanz bieten. Daher die Sprunghaftigkeit der Politik, die unbegrenzten Möglichkeiten, Unverträgliches miteinander zu vereinen, daher die Korruption.“ (NZZ vom 22. Oktober 2005)

Diese Feststellung trifft sicher auch auf meisten kolumbianischen Parteien zu. In der Regel verfügten sie über veraltete Strukturen, präsentierten nicht klare Programme oder Reformvorschläge und besäßen nicht ökonomischen Sachverstand.

Das war das Ergebnis des Forums „Las políticas de las políticas públicas“, das am 21. Februar 2006 in Bogotá stattfand. Die Schwäche der politischen Parteien wirkt sich darüber hinaus auch negativ auf die Qualität der parlamentarischen Arbeit und die Effizienz des Regierungshandelns aus. Die Funktionsfähigkeit der Demokratie in Kolumbien wird somit also auch von einer Stärkung der Institutionalität seiner politischen Parteien abhängen.

6. Es ist sicher ein Fortschritt, daß über den Einfluss des Paramilitarismus auf die Politik öffentlich debattiert wurde und dass die politischen Kräfte sich bemühen, diesen Einfluss zurückzudrängen.

Sicher war der Ausschluß der Kandidaten von der Listen einiger Parteien ein später, aber immerhin ein notwendiger „erster Schritt zur Säuberung der kolumbianischen Politik“ (Roberto Arenas Bonilla). Leider ist es aber nicht gelungen, rechtzeitig einen „Konsens der Demokraten“ in dieser Frage herzustellen. Möglicherweise ist die Realität des Landes in einigen Regionen dafür aber noch nicht geschaffen, so daß dieses Problem dort nicht „von heute auf morgen“ gelöst werden kann.

Auf alle Fälle wird aber die Frage des Paramilitarismus offener als vor vier Jahren diskutiert, so dass damit auch ein Aufruf zu politischer „correctness“ an sämtliche Parteien und Politiker aller Couleur verbunden ist.

Die begonnene Säuberung der Politik kann aber nur der Anfang sein. Die demokratischen Parteien sind gut beraten, sich weiter gegen die Infiltration der Politik zusammenzuschließen sowie sich grundsätzlich und eindeutig von zweifelhaften politischen Gruppen zu distanzieren, auch wenn diese über eine parlamentarische Präsenz verfügen.

Die Demobilisierung der Paramilitärs – trotz aller Schwächen und Widersprüche – sowie der Versuch der Mehrheit der politischen Parteien, den Einfluss von illegaler Ökonomie und Paramilitärs auf die Politik zurückzudrängen, können somit auch als ein Zeichen des Erstarkens der demokratischen Institutionen gewertet werden. Desweiteren ist ein heilsamer Säuberungsprozeß eingetreten und das gemeinsame Bewußtsein geschärft worden, zweifelhafte Einflüsse von der Politik fernzuhalten.

7. Die Umfragewerte und die Popularität Uribes sind zwar leicht zurückgegangen, liegen aber immer noch weit über der 50%-Marke.

Aufgrund der deutlichen Verbesserung der Inneren Sicherheit, aufgrund der derzeitigen Dominanz der Person Uribes im politischen Prozess Kolumbiens sowie aufgrund der in der jüngsten Zeit eingetretenen Polarisierung in uribistische und anti-uribistische Kräfte könnte es nach Meinung des Ex-Präsidenten Ernesto Samper am 28. Mai 2006 nicht zu einer Präsidentenwahl, sondern zu einem Plebiszit pro bzw. contra Uribe kommen. Und dieses „Plebiszit“ dürfte nach dem jetzigen Stand der Dinge Uribe klar.

Literaturhinweise:

- Colombia: The rights of journalists, election candidates and elected officials to campaign without fear of repercussion. Briefing to EP Andean Delegation to the upcoming elections in Colombia. Summary of Amnesty International's latest findings. Brüssel, 9. Februar 2006

- La cultura política de la democracia en Colombia: 2005. Hg. vom US-AID. Bogotá 2005

- La democracia en América Latina. Hacia una democracia de ciudadanas y ciudadanos. Hg. Vom PNUD. Buenos Aires 2004
- Elecciones: primer desafío del 2006. In: Hechos del CALLEJÓN. Nr. 11/Januar 2006, hg. vom PNUD
- Fernando Giraldo/Mauricio Solano (Hg.), Partidos, reforma política y referendo. Bogotá 2003
- Fernando Giraldo, Sistema de partidos políticos en Colombia. Estado del arte 1991 – 2002. Bogotá 2003
- Francisco Gutiérrez Sanín, Caída libre. In: Semana Nr. 1.233 vom 19. Dezember 2005
- Gary Hoskin/Rodolfo Masías Nuñez/Miguel García Sánchez (Hg.), Colombia 2002: Elecciones, comportamiento electoral y democracia. Bogotá 2003
- Diana Hoyos Gómez, Evolución del sistema de partidos en Colombia 1972 – 2000. Una mirada a nivel local y regional. In: Análisis Político Nr. 55/2005
- Claudia López, Infiltración de la política: de mal en peor. In: El Tiempo vom 28. Februar 2006 S. 17
- Claudia López, Herencia maldita. In: Opinión online, Semana vom 3. März 2006, (www.semana.com)
- Rodrigo Losada, Los partidos políticos tradicionales en Colombia: Pasado, presente y futuro. Una perspectiva organizacional. In: Clara Rocío Rodríguez Pico/Eduardo Pizarro Leongómez (Hg.) a.a.O. S. 127 – 137
- Rodrigo Losada, Implicaciones electorales de la reinserción política de las Autodefensas. Bogotá, Pontificia Universidad Javeriana Februar 2006
- María Fernanda Moreno, De donde salió el uribismo? Son los partidos tan uribistas como dicen? In: Votebien – Elecciones 2006 (<http://terra.com.co>)
- Luís Fernando Múnera S.J., Democracia y paz en la contienda electoral. In: Revista Javeriana Nr. 722/März 2006 S. 30 – 37 (www.revistajaveriana.org.co)
- Partidos políticos en la Región andina: entre la crisis y el cambio. Hg. vom International Institute for Democracy and Electoral Assistance o.O. 2004
- Eduardo Pizarro Leongómez, Una democracia asediada. Balance y perspectivas del conflicto armado en Colombia. Bogotá 2004
- Eduardo Pizarro Leongómez (Hg.), Reelección presidencial y garantías para la oposición. Bogotá 2005
- Eduardo Pizarro Leongómez, El bipartidismo colombiano: entre la guerra y la conversación de caballeros. In: Clara Rocío Rodríguez Pico/Eduardo Pizarro Leongómez (Hg.), a.a.O. S. 87 - 126
- La Reforma Política: un gran avance. In: Economía y Política. Análisis de la coyuntura legislativa Nr. 14 – Februar 2006, hrs. von FEDESARROLLO
- Guillermo Reyes, El nuevo orden político y electoral en Colombia. Bogotá 2004

- Guillermo Reyes, Elecciones 2006. Guía práctica para candidatos, partidos políticos, ciudadanos. Bogotá 2006
- Clara Rocío Rodríguez Pico/Eduardo Pizarro Leongómez (Hg.), Los retos de la democracia. Viejas y nuevas formas de la política en Colombia y América Latina. Bogotá 2005
- Clara Rocío Rodríguez, Colombia en el 2006: las particularidades del escenario electoral. In: Actualidad Colombiana Nr. 422 vom 2. Februar 2006
- David Roll, Rojo difuso, azul pálido. Los partidos tradicionales en Colombia entre debilitamiento y la persistencia. Bogotá 2002
- David Roll, Partidos políticos y Congreso. Élités políticas y mayorías parlamentarias en Colombia en la década de los noventa. Bogotá 2005
- María Isabel Rueda, Fracasa la Reforma Política? In: Semana Nr. 1241 vom 13. Februar 2006 S. 70
- Elisabeth Ungar Bleier/Carlos Arturo Arévalo, Partidos y sistema de partidos en Colombia hoy: Crisis o reordenación institucional? In: Partidos políticos en la Región Andina . . . a.a.O. S. 51 - 70
- Fabio Velásquez C./Esperanza González R, Que ha pasado con la participación ciudadana en Colombia? Bogotá 2003

Weitere Informationen:

- Votebien – Elecciones 2006 (http://terra.com.co/elecciones_2006)
- Registraduría Nacional del Estado Civil (<http://www.registraduria.gov.co>)
- Presidencia de la República (<http://www.presidencia.gov.co>)
- Consejo Nacional Electoral (www.cne.gov.co)
- Procuraduría General de la Nación (www.procuraduria.gov.co)
- Partido Liberal (www.partidoliberal.org.co)
- Partido Conservador (www.partidoconservador.com)
- Partido de la U (www.partidodelau.com)
- Cambio Radical (www.partidocambioradical.org)
- Polo Democrático Alternativo (www.plodemocratico.net)
- Convergencia Ciudadana (www.convergencia.org.co)
- Partido Colombia Democrática (www.colombiademocratica.com)

Tabellen und Grafiken:

Tabelle 1: Wahlbeteiligung und Wahlenthaltung

Congreso 2006
Presidencia 2006

ELECCION	PARTICIPACION	ABSTENCION
Congreso 2002	42%	58%
Presidente 2002 (1.Vuelta)	56%	44%

Congreso 1998	41%	59%
Presidente 1998 (2. Vuelta)	62%	38%
Congreso 1994	26%	74%
Presidente 1994 (2. Vuelta)	43%	57%

Quelle: EL NUEVO SIGLO, 2. Februar 2006

Tabelle 2: Der Schwächungs-Prozess der traditionellen Parteien in Kolumbien

(gemessen am Prozentsatz der Sitze im Repräsentantenhaus 1974 bis 2002)

Año	Partido Liberal	Partido Conservador	Liberales y Conservadores
1974	57,3%	33,16%	90,45%
1978	55,8%	41,71%	97,49%
1986	57,65 %	41,83%	99,49%
1990	59,8%	32,66%	92,46%
1991	56,25%	26,25%	82,5%
1994	56,52%	34,16%	90,68%
1998	55,28%	29,19%	84,47%
2002	47,2%	19,88%	67,1%

Francisco Gutiérrez, zitiert nach: "Semana" Nr. 1 233 vom 19. Dezember 2005 S. 56; Fuente: Cálculos propios con base en datos de la Registraduría

Tabelle 3: Wahlen zum Senat 2006

Resultado	2006		
	No. de votos	Porcen taje	Curules
Partido de la U	1 591 775	17,49	20
Partido Conservador	1 470 029	16,13	18
Partido Liberal	1 436 657	15,52	18
Cambio Radical	1 211 457	13,36	15
Alas Equipo Colombia	418 124	4,68	5
Colombia Democrática	272 5240	2,85	5
Polo	875 451	9,74	10

Democrático			
Convergencia Ciudadana	566 823	6,25	7
Colombia Viva	237 512	2,46	2
MIRA	229 556	2,35	2
Por el país que soñamos	155 653	1,66	0
Dejen jugar al moreno	141 231	1,50	0
C4	82 495	0,88	0
Visionarios con Antanas Mockus	71 867	0,77	0
Mov. De Participación Comunitaria „MPC“	52 666	0,56	0

Quelle: El Espectador vom 13. März 2006

Tabelle 4: Sitzverteilung im Senat Kolumbiens

	2006	2002
Partido de la U	20	-
Konservative Partei	18	13*
Liberale Partei	17	29**
Cambio Radical	15	2
Polo Democrático Alternativo	11	9
Convergencia Democrática	7	1
ALAS Equipo Colombia	5	5
Colombia Democrática	3	3
MIRA	2	1
Colombia Viva	2	-
Dejen jugar al Moreno	0	1
Visionarios con Mockus	0	-
Por el país que soñamos	0	1
C4	0	1
Sonstige	2	

- Der Konservativen Partei hatten sich weitere politisch nahestehende Senatoren angeschlossen, so dass die Fraktion schließlich aus 24 Mitgliedern bestand
- ** 12 dieser Senatoren schlossen sich dem Uribismus an; am Ende der Legislaturperiode sollen nur noch 9 Senatoren der Liberalen Fraktion angehört haben

Tabelle 5: Wahlen zum Senat 2006: mit der höchsten Stimmenzahl gewählte Senatoren

Los 10 candidatos más votados		
Con el 93.02% escrutado		
Senador	Partido	Votación
Germán Vargas Lleras	Cambio Radical	209.603
Gustavo Petro	Polo Democrático Alternativo	132.832
Juan Manuel López	Partido Liberal	118.057
Gina Parody	La U	83.547
Dilian Francisca Toro	La U	82.216
Jorge Robledo	Polo Democrático Alternativo	75.499
Luis Alberto Gil Castillo	Convergencia Ciudadana	69.851
José David Name	La U	68.849
Óscar Suárez Mira	Alas Equipo Colombia	66.702
Parmenio Cuéllar	Polo Democrático Alternativo	66.602

Quelle: El Espectador – Extra – vom 13. März 2006

Tabelle 6: Sitzverteilung im Repräsentantenhaus 2002 und 2006

	2006	2002
Apertura Liberal	6	4
Liberale Partei	33	54
Partido de la U	26	-
Konservative Partei	26	21*
Cambio Radical	18	7
ALAS Equipo Colombia	8	4
Polo Democrático Alternativo	11	6
MIPOL	4	1
Colombia Democrática	2	-
Peñalosa	2	-

- Der Konservativen Partei hatten sich weitere politisch nahestehende Abgeordnete angeschlossen, so dass die Fraktion schließlich aus 40 Mitgliedern bestand

Tabelle 7: Consulta Partido Liberal 2006

Kandidat	Stimmen	in %
Horacio Serpa	1 000 308	47,29
Rafael Pardo	498 628	23,57
Rodrigo Rivera	473 086	22,36
Andrés González	115 808	5,47

Nach "El Espectador – Extra -" vom 13. März 2006

Tabelle 8: Stärkste Partei in den "departamentos" von Kolumbien und in Bogotá D.C.

Partei	Zahl	Departamentos
Partido Liberal	8	San Andrés, Cesar, Córdoba, Risaralda, Huila, Tolima, Cauca y Putumayo
Partido Conservador	5	Norte de Santander, Boyacá, Guaviare, Cundinamarca y Valle
Partido de la U	10	Chocó, Bogotá D.C., Bolívar, Caldas, Amazonas, Sucre, Vichada, Atlántico, Caquetá y Casanare
Cambio Radical	4	Guainía, Vaupés, Meta y Quindío
Polo Democrático Alternativo	1	Nariño
Convergencia Ciudadana	2	Santander y Magdalena
Alas Equipo Colombia	1	Cesar y La Guajira
Otros Partidos	2	Huila y Meta

Quelle: „Semana“ Nr. 1 246 vom 20. März 2006 und eigene Berechnung nach Angaben der "Registraduría"

Tabelle 9: Anteil der Frauen im Kongreß Kolumbiens (in %)

Jahr	Senat	Repräsentantenhaus

1998	13,4	11,8
2002	9,8	12,6
2006	12,0	8,4

zitiert nach: "El Nuevo Siglo" vom 23. März 2006

Tabelle 10: Anteil von Frauen und Männern in öffentlichen Wahlämtern in Kolumbien (in %)

Ämter	Frauen	Männer
Congreso	12	88
Gobernaciones	6	94
Alcaldías	7	93
Asambleas Dep.	16	84
Concejos Mun.	13	87

Quelle: "Participación política de la mujer en Colombia, Bogotá 2006; zitiert nach: "El Nuevo Siglo" vom 23. März 2006

Tabelle 11: Tablas elecciones*

a. Pregunta: ¿De qué partido se considera?

Partido	Fecha	Marzo 2006	Enero 2006	Octubre 2005	Septiembre 2005
Liberal		40%	43%	43%	43%
Uribista		25%			
Conservador		13%	12%	16%	16%
Polo Democrático		7%	5%	5%	7%
Otro partido		1%	4%	2%	2%
Independiente		3%	3%	8%	8%
Ninguno		10%	33%	26%	24%

b. Pregunta: Imagen de las instituciones

Institución	Concepto	Favorable	Desfavorable	No sabe/no
-------------	----------	-----------	--------------	------------

				responde
Ejército nacional	81%	10%		9%
Policía nacional	77%	13%		10%
Medios de comunicación	75%	14%		11%
Presidencia de la República	67%	16%		17%
Registraduría Nacional	59%	20%		21%
Movimientos o partidos uribistas	59%	20%		21%
Gobierno nacional	54%	24%		22%
Partido Liberal	47%	23%		29%
Congreso recién electo	35%	20%		45%
Partido Conservador	28%	33%		38%
Independientes	27%	21%		52%
Polo Democrático Alternativo	23%	24%		53%
Autodefensas o paramilitares	4%	83%		13%
ELN	2%	84%		14%
FARC	1%	85%		14%

c. Pregunta: ¿Cómo va el país?

Concepto	Fecha	Septiembre 2005	Octubre 2005	Enero 2006	Marzo 2006
Buen camino		49%	53%	44%	52%
Mal camino		43%	38%	45%	36%
No sabe/no responde		8%	11%	11%	12%

d. Pregunta: Elección Presidencial 2006: ¿Por quién votaría en la primera vuelta?

Candidato	Fecha	Septiembre 2005	Octubre 2005	Enero 2006	Marzo 2006
Álvaro Uribe		56%	56%	57%	56%
Horacio Serpa		11%	14%	15%	25%
Antanas Mockus		5%	3%	4%	2%
Carlos Gaviria		5%	5%	4%	9%
Álvaro Leyva		0%	0%	0%	0%
No sabe		7%	8%	13%	3%
En blanco		6%	8%	5%	3%
No votaría		6%	3%	2%	2%

*Angaben jeweils nach einer Umfrage von Napooleon Franco; veröffentlicht in „Semana“ Nr. 1 246 vom 20. März 2006

Manuskript abgeschlossen am 27. März 2006